Freitag, 12. Januar 1923. Einzelnummer 80 Mark. 52. Jahrgang. Nr. 8.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 1500.—
in den Ausgabestellen 1600.—
durch Zeitungsboten 1700.—
am Postamt ... 2000.—
ins Ausland 900 deutsche M.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ..... 80.— M. Reklameteil. 240.— M.
Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 40.— d. M. „ „ Reklameteil 120.— d. M.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Absage Englands an Frankreich

Die wenig bekannte Äußerung, die Poincaré im August 1922 tat: **„Besser Land gewinnen, als Geld einkassieren“** könnte schon längst die Karten der französischen Politik aufgedeckt haben. Aber zu Zeiten der Premierschaft Lloyd Georges schien man in England nicht zu ahnen, welche Gefahr in der französischen Politik verborgen lag, oder man wagte es nicht, gegen die Gefühle der durch die Kriegspropaganda noch von Deutschenhaß durchtränkten Bevölkerung Englands zu handeln. Lloyd George konnte, als ehemaliger Schürer des englischen Kriegsfeuers während der gefährlichsten Zeit des Krieges, niemals ganz und gar seiner früheren Tätigkeit entgegenhandeln und kam deshalb trotz klarer Erkenntnis von der Notwendigkeit des Umdenkens praktisch nie aus der Sphäre des Schwankens, des Hin- und Herzuckens und der beständigen Konzessionen heraus, wie das Professor Keynes so vortrefflich im ersten Kapitel seines Buches „Revision des Friedensvertrages“ ausführt. Nach seinem Rücktritt aber kam ein Mann an die Spitze der Regierung, nicht so blendend wie der Walliser, nicht so leidenschaftlich beredt, aber dafür fester, zäher, unbeirrter. Bonar Law läßt sich nie vom Augenblick hinreißen, er ist immer kalt, überlegt und zurückhaltend, er beachtet aufs peinlichste alle Formen der Höflichkeit im persönlichen Verkehr mit den Staatsmännern anderer Nationen, dabei hält er aber zäh an dem als englisches Interesse Erkannten fest; er vergibt sich nichts und ist stets rein sachlich, kalt objektiv, völlig Herr seiner selbst, dadurch aber ein außerordentlich gefährlicher Gegner. So hat er es denn, gestützt auf die öffentliche Meinung seines Landes, gewagt, den großen Schritt zu tun und, zum ersten Mal seit der Kriegsverbrüderung auf Gedeih und Verderb mit Frankreich, die Fesseln der Bundesgenossenschaft zu sprengen und zu erklären: Wir können nicht mehr mitmachen, wenn Ihr die Wirtschaft Europas ruiniert!

Es gab nach dieser Erklärung sehr höfliche Versicherungen. Bonar Law betonte, daß man die Beziehungen der Freundlichkeit aufrecht erhalte und daß auch das englische Volk seine freundlichen Gefühle für Regierung und Volk Frankreichs bewahre. Poincaré erwiderte mit einer gleichen Versicherung der Sympathiegefühle des französischen Volkes für das englische. Diese höflichen Redensarten haben keine erhebliche Bedeutung. Die Tatsache ist, daß ein regelrechter Bruch der Entente vorliegt; nicht eine bloße Meinungsverschiedenheit in einer Nebensache, sondern unvereinbare Entzweiung der Ansichten in der Haupt- und Grundfrage Europas. Die weiteren Auswirkungen und Folgeerscheinungen werden sich mehr und mehr zeigen. Schon nach dem ersten Einrücken Frankreichs ins Ruhrgebiet wird sicherlich ein englischer Protest erfolgen und dann weitere Maßnahmen. Die englische Politik kann an genügend vielen Stellen offen oder im geheimen gegen Frankreich arbeiten. Außerdem bestehen umfangreiche französische Verpflichtungen finanzieller Art. Einen deutlichen Wink in dieser Richtung gab die Pariser britische Gesandtschaft in einer Kundgebung, die der französischen Presse zugesandt wurde und die auf den Besitz eines französischen Golddepots von 150 Millionen Pfund Sterling hinweist. Diese Summe sandte Frankreich 1916 nach England, um den Goldkurs aufrecht zu erhalten. England schaffte sie weiter nach den Vereinigten Staaten. England erklärte nun, daß es diese Summe nicht zurückgeben werde und nicht zurückgeben brauche, ehe Frankreich alle seine in England aufgenommenen Schulden bezahle. Das ist derselbe Hinweis, wie der in der Balfournote, die während der Londoner Konferenz im August 1922 nach dem Quai d'Orsay und an die übrigen Alliierten gesandt wurde und in der der englische Minister darauf hinwies, daß von einem Erlaß der deutschen Reparationszahlungen und der Schulden Frankreichs nur dann die Rede sein könne, wenn diese Maßnahmen im Rahmen einer allgemeinen Regelung des gesamten Problems erfolgen würden.

Im englischen Volk wird, je mehr im Gefolge der wirtschaftlichen Verwirrung in Europa die Arbeitslosigkeit wachsen und der Geschäftsgang immer flauer werden wird, der Unwille gegen Frankreich Wurzel fassen und gar bald werden die freundschaftlichen Gefühle ganz und gar der Vergangenheit angehören. Die Arbeiterpartei fordert ja schon lange die Revision des Versailler Vertrages. Sehr geschickt und in bewußter Absicht hat Bonar Law wieder und wieder erklärt, daß England die Frage der deutschen Entschädigungen als rein wirtschaftliche Frage auffasse und alle politischen Gesichtspunkte ausschalte. Selbstverständlich durchschaut er es ganz genau, daß Frankreich diese Frage tatsächlich rein politisch auffaßt, wie Poincarés Aeußerung kund tut. Politisch hat ja eben Frankreich ein gewaltiges Uebergewicht, und seine imperialistischen Pläne, an denen es unbeirrt festhalten wird, werden nicht leicht, jedenfalls nicht durch England allein vereitelt werden können. Dieses französische Uebergewicht beruht nämlich auf der schweren Kriegsrüstung Frankreichs, gegen die England, das bald nach dem Krieg die allgemeine Wehrpflicht, die nur eine Notmaßnahme war, aufgehoben hat, nichts Gleichwertiges aufzustellen hat. Besonders bedeutsam und für England gefährlich ist das gewaltige Fliegerheer seines Erbundesgenossen, das für London im Falle eines Kriegsausbruches sehr bedrohlich werden könnte.

Diese schwere kriegerische Panzerung wird auch Frankreich niemals freiwillig ablegen, daher das beständige Säbelrasseln, die Sanktionen, Retorsionen und Strafmaßnahmen, das Fortbestehen der Militärkontrollkommissionen in voller Stärke, das Beschimpfen und Reizen der ehemaligen Kriegsgegner, der hetzerische und schmähende Ton der Noten. Das eigentümliche Gemisch von Furcht vor der deutschen Volkskraft und Haß gegen den überlegenen aber jetzt durch ein düsteres Schicksal gefesselten Gegner, das die französische Seele erfüllt, vielleicht auch der seit alten Zeiten in ihr wurzelnde Hang zu sadischen Grausamkeiten.

England wird sich angesichts dessen zunächst auf bloße Proteste beschränken und, was Bonar Law schon kurz vor seinem Regierungsantritt als Programm verkündete, sich von den Angelegenheiten des europäischen Festlandes mehr und mehr zurückziehen, um angelsächsische Weltpolitik zu treiben. Der bisherige „Bundesgenosse“ freilich rechnet in seiner maßlosen Ueberhebung es England schon als Sünde an, daß es nicht durch dick und dünn mit der Poincaréschen Gewaltpolitik geht. Indessen dieser Groll und die Schimpfereien der Pariser Presse werden England nicht hindern, seinen Weg zu gehen. Weit schwerer wiegt die Frage, ob das englische Wirtschaftsleben und die britische Arbeiterschaft die jetzt folgende Entwicklung ohne energische Gegenwirkung ertragen wird. Gestern wurde in einem Artikel des „Pos. Tagebl.“, überschrieben „die schwierige Wirtschaftslage Englands“, darauf hingewiesen, in welcher peinlichen Lage sich schon jetzt die englische Bergwerksindustrie, und zwar Unternehmer ebenso wie Arbeiter, befinden. Vielleicht wird die Haltung der großen, bei den letzten Wahlen auf das Doppelte angewachsenen Arbeiterpartei in nächster Zeit einen Druck auf die Regierung ausüben, der sie zwingt, wenigstens den Versuch zu machen, dem blind fortrasenden französischen Imperialismus in die Zügel zu fallen.

Eine neue Unterredung mit Piłsudski.

Der „Kurjer Polski“ veröffentlicht eine zweite Unterredung seines Redakteurs Rosner mit Marschall Piłsudski. In dieser zweiten Unterredung handelte es sich um Ereignisse der Vergangenheit. Herr Rosner bat den Marschall, er möchte doch den in der ersten Unterredung von ihm ausgesprochenen Satz von der Lüge als der Grundlage der politischen Ansichten in Polen durch einige Tatsachen veranschaulichen. Darauf antwortete Piłsudski:

„Wenn ich auf diesen Satz eingehe, dann will ich nicht behaupten, daß diese Erscheinung bei uns ganz allgemein sei, sondern nur, daß sie sehr verbreitet ist. Am meisten hat mich befremdet, daß das, was ich Klatsch, Scherz oder Illusion nannte, bei uns eine so starke suggestive Kraft haben kann, in der Wirkung gleich stark bei den Gebildeten wie Ungebildeten. Als Oberster Heerführer und als Staatschef habe ich dieser Erscheinung unaufhörlich begegnen müssen. Beispielsweise hatten die Zeichen für das Interesse der Bevölkerung an meiner Person einen so sonderbar lächerlichen Charakter, daß sie ausgezeichnet die allgemeine Wahrheit veranschaulichen, daß die Lüge bei uns oft eine ernsthafte Grundlage des politischen Denkens ist.“

Hier berührte Marschall Piłsudski die Zeit der Ponikowskikrise und erinnerte daran, daß ihn einer der Abgeordneten in der Sitzung des Altestenausschusses gefragt habe, ob es denn wahr sei, daß der Rücktritt Ponikowskis mit Mobilisierungsbefehlen, die in den nächsten Tagen zu erwarten wären, im Zusammenhang stände.

„Die Annahme eines solchen Verhältnisses zu der außerordentlich schweren Mobilisierungsarbeit, die niemals mit einer Ministerkrise in Verbindung stehen kann (die eine Schwächung des Staates bedeutet), ist so kindisch und so sehr beleidigend, für mich wie für die Sejminstitution, die so über Staatsaufgaben denken kann, daß ich den sonderbaren Eindruck, den ich damals empfing, bis heute nicht vergessen kann. Der Abgeordnete Skulski machte mich darauf aufmerksam, daß diese Frage einen wesentlichen Teil der Unruhe, die das Volk ergriffen hatte, bildete. Das ist eins der Beispiele für die Oberflächlichkeit in der Auffassung der Staatsaufgaben.“

Darauf ging Piłsudski zur Besprechung der Zeit der Schlacht bei Warschau über. Er sagte, daß diese Schlacht ihn bezüglich des strategischen Konzepts und der Art der Organisierung niemals befriedigt habe. Für Piłsudski war sie eher ein Zwangsplan als eine freie Wahl zwischen verschiedenen Möglichkeiten. Die Verteilung der für den Kampf bestimmten Streitkräfte verletzte sehr ernsthaft die Grundsätze der Strategie. „Ich mußte,“ sagte der Marschall, „eine große Anzahl von Streitkräften für die Verteidigung nehmen und konnte nur relativ schwache Kräfte für den entscheidenden Angriff lassen. Das sagte ich den Generalen Rozwadowski, Weygand und Sosnkowski, die ich in Warschau traf, und fügte hinzu, daß der Angriff unter solchen Umständen sehr schwer zu führen sei. Am 12. August reiste ich von Warschau nach Puławy. Nach einigen Tagen erfuhr ich, gewissermaßen als Bekräftigung meiner Anschauungen über die Suggestivität der Rederei, daß ich Warschau feige verlassen hätte. Die Staatsanwaltschaft einer der Städte Großpolens fragte mich, ob sie die Leute, die öffentlich geäußert hätten, daß ich mit Milliarden geflüchtet sei, die mir wahrscheinlich von den Bolschewisten gegeben worden wären, zur Verantwortung ziehen solle.“

Zum Wilnaer Feldzug übergehend, stellte Piłsudski fest, daß er damals eine ungeheure Entrüstung innerhalb des Sejms gegen sich gehabt hätte. „Als Wilna eingenommen war, war das erste, was ich antraf, als ich nach Warschau zurückkehrte, die Behauptung, daß ich es getan hätte, um litauischer Großfürst zu werden. Später wurde Wilna der Gegenstand verwickelter, langer Beratungen im Botschafterrat und im Völkerbund.“ (Hier erwähnte Piłsudski die Zeit der Streitigkeiten im Warschauer Sejm über die Wahlen zum Wilnaer Sejm.) „Ich dachte über die Frage des Gebietes, auf dem die Wahlen stattfinden sollten, im Sinne der Verpflichtungen, die wir als ein einen internationalen Streit führender Staat hatten. Ich erfuhr, daß meine Haltung andere Gründe haben sollte, als das, was ich gesagt hatte, nämlich die gewaltsame Forderung einer Föderation und Beweggründe niederer Art. Das sagten mir Abgeordnete beim Verlassen des Saales nach der Abstimmung in so schönen Worten wie „Verschacherer“, „Verräter“.

Zum Schluß erwähnte Piłsudski die Verteidigung Lembergs und die Anstrengungen der Verteidiger Lembergs, die unter äußerst schwierigen besonderen Bedingungen zu kämpfen hatten, und verglich diese Tatsache mit der außerhalb der Grenzen des Staates vorhandenen großen Anzahl polnischer Soldaten in vortrefflicher Ausrüstung. Der frühere Staatspräsident sagte:

„Man muß es einer sehr tiefen moralischen Verirrung zuschreiben, wenn man diejenigen zu Schuldigen macht, die mit größter Anspannung ihrer Kräfte die Verteidigung wirksam durchführten, und die Leute als Helden der Verteidigung hinstellt, die aus eigenem oder fremdem Verschulden die Verteidigungsmittel unverwendbar machten, gleichzeitig aber wußten, wie gering die der Stadt für die Verteidigung zur Verfügung stehenden Mittel waren.“

Polnisches.

Die Begründung des Urteils im Niewiadomskiprozeß

Am Mittwoch ist vom Warschauer Bezirksgericht die Begründung des Urteils im Niewiadomski-Prozeß veröffentlicht worden. In ihr ist unter anderem zu lesen:

„In Erwägung ziehend, daß Niewiadomski einerseits geradezu fanatisch an seinen Anschauungen, Vorstellungen und Empfindungen hängt, die aber durch seine hohe Intelligenz und Bildung hätten im Zaume gehalten werden können und müssen,

andererseits aber, daß sich Niewiadomski, als er das Verbrechen beging, eine durch und durch anarchistische Tat zuschulden kommen ließ, die bei der gegenwärtigen Lage Polens angesichts des Mangels an innerer Konsolidierung eine allgemeine Anarchie im Lande hervorrufen konnte,

daß sich Niewiadomski, der die Möglichkeit hatte, verfassungsmäßig seinen Standpunkt kundzutun, der Verfassung nicht unterwarf, sie verletzte und Hand an die Majestät der Republik in Person des Präsidenten legte,

daß die Bestrebungen eines einzelnen nur dadurch verwirklicht werden können, daß man die Gewissen der Landsleute weckt, niemals aber durch Gewalt, die eine Verleugnung der moralischen Gewissenswahrheiten ist,

daß das Fehlen dieser Mehrheiten im Leben des Volkes zu erbitterten Kämpfen und zur Spaltung führen muß,

daß der Repräsentant der Majestät der Republik, verantwortlich vor Gott und Gewissen, die höchste Grundlage moralischer Wahrheiten vorstellt, und

daß die Gewalttat, die an dem Darsteller dieser Wahrheiten verübt worden ist, moralisch unzulässig ist und daß in Polen, das so tief die Notwendigkeit bekannte, der Sammelplatz der höchsten Ideale der Sittlichkeit zu sein, von denen allein die einzelnen sich immer leiten lassen müßten, niemals ein Anschlag auf den Repräsentanten der höchsten Gewalt verübt wurde,

hat das Bezirksgericht Niewiadomski für schuldig erklärt und beschlossen, ihn zum Tode zu verurteilen.“

Die Finanzministerkonferenz

wurde Mittwoch fortgesetzt. Um 10 Uhr begann der Unterausschuß, der sich aus den früheren Ministern Jastrzębski, Grabski, Michalski und Steczkowski zusammensetzt, seine Beratungen. Er wird zunächst Einzelfragen zu erledigen haben.

Aus dem Finanzministerium.

Der „Kurjer Polski“ meldet, daß man sich in den Regierungskreisen mit dem Gedanken trägt, das Finanzministerium in zwei Ressorts zu teilen, in ein Schatz- und ein Finanzressort. Dieser Gedanke stützt sich auf die vierjährige Erfahrung, daß sich kein Finanzminister mit der gleichen Intensivität den Staatskreditfragen und dem Steuerapparat widmen konnte.

Gerüchte von einer Neubesetzung des Innenministeriums.

In politischen Kreisen sind Gerüchte verbreitet, daß General Sikorski vom Innenministerposten zurücktreten will. An seiner Stelle soll der Krakauer Wojewode Gałecki treten.

Umgestaltung der Staatspolizei.

Die Staatspolizei dient bekanntlich gemäß den verpflichtenden Vorschriften der Sicherstellung von Ruhe und Ordnung im Staate und muß in dieser Beziehung als ausführendes Organ der Verwaltungsbehörden mit diesen Behörden eng und einheitlich zusammenarbeiten und zwar sowohl mit den Zentralbehörden des Innenministeriums als auch im besonderen mit dem Departement für öffentlichen Schutz und mit der Presseabteilung. Diese Departements können für die öffentliche Ordnung und Ruhe im Staate nur dann sorgen, wenn sie und ihre Unterbehörden unmittelbaren Einfluß auf die Staatspolizei haben, als auf ihr ausführendes Organ, und zwar sowohl in Hinsicht auf die Organisation, als auch auf die Ausbildung und Neubesetzung der verschiedenen Stellen usw. Der Innenminister hat nun neue Vorschriften zur Organisation des Oberkommandos der Staatspolizei herausgegeben auf Grund des Artikels 9 des Gesetzes vom 24. Juli 1919. Ohne die Befugnisse des obersten Kommandos der Staatspolizei anzugreifen, und ohne die Oberaufsicht des obersten Kommandanten über den Dienst der Polizei zu beschränken, haben diese Vorschriften, indem sie das Verhältnis des obersten Kommandos zum Departement für öffentlichen Schutz regeln, den Zweck, die Tätigkeit des obersten Kommandos und der Staatspolizei den gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen und eine einheitliche Tätigkeit der Staatspolizei und des Departements für öffentlichen Schutz zu ermöglichen. Mit Rücksicht darauf, daß das Innenministerium im ganzen Staate und die Verwaltungsbehörden erster und zweiter Instanz in den ihnen zugeteilten Gebieten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit verantwortlich sind, wozu ihnen die Staatspolizei als ausführendes Organ zu dienen hat, hat der Innenminister gleichzeitig die Absicht, das Verhältnis der Polizei zu den Verwaltungsbehörden erster und zweiter Instanz genau zu regeln, was zweifelsohne die Arbeit der Polizei erfolgreicher gestalten wird. Diese Absicht erfordert jedoch die Änderung verschiedener Re-

stimmungen des Gesetzes vom 24. Juli 1919 über die Staatspolizei (Dziennik Praw Nr. 61, Abschn. 363).

Anfechtung des Sejmmandats des deutschen Abgeordneten Naumann.

Der Oberste Gerichtshof in Warschau hat die Wahlkomitees in Bromberg und Samter aufgefordert, die Wahlakten in der Frage der Wahl des deutschen Sejmabgeordneten Naumann vorzulegen. Gleichzeitig wurde der Kreisstarost von Schubin aufgefordert, festzustellen, ob Herr Naumann polnischer Bürger sei. Herr Abg. Naumann selbst wurde davon in Kenntnis gesetzt, daß Schritte zwecks Ungültigkeitserklärung seines Mandats unternommen worden sind. Abgeordneter Landrat a. D. Naumann ist bekanntlich Vorsitzender der Spitzenorganisation der Deutschtumsbünde in Polen und zugleich Vorsitzender der deutschen Vereinigung in Sejm und Senat.

Die Deutschen in den Sejmausschüssen.

Der Sejm wählte 19 ständige Ausschüsse, und zwar 13 große, die aus je 31 Mitgliedern bestehen, und 6 kleine, denen je 15 Mitglieder angehören. Die Deutsche Vereinigung im Sejm ist in allen großen Sejmausschüssen vertreten; von den kleinen Ausschüssen sind ihr nur vier zugeteilt worden, so daß die Deutsche Vereinigung in dem Petitionsausschuß und in dem Ausschuß für den Kampf mit der Teuerung nicht vertreten ist. Die Mandate in den Ausschüssen sind wie folgt verteilt: 1. Verwaltungsausschuß — Karau, Vertreter Krajczyrski; 2. Verkehrsausschuß — Zerbe, Vertreter Rosumek; 3. Verfassungsausschuß — Daczko, Utta, Vertreter Spickermann, Krajczyrski; 4. Ausschuß für Arbeitsschutz — Kronig, Vertreter Franz; 5. Ausschuß zum Wiederaufbau des Landes — Somschor, Vertreter Zerbe; 6. Ausschuß für soziale Fürsorge — Zerbe, Vertreter Franz; 7. Ausschuß für Volksaufklärung — Daczko, Vertreter Utta; 8. Ausschuß für Rechtsfragen Piesch, Vertreter Kronig; 9. Ausschuß für Industrie und Handel — Rosumek, Spickermann, Vertreter Włodasch, Somschor; 10. Ausschuß für öffentliche Arbeiten — Franz, Vertreter Zerbe; 11. Landwirtschaftsausschuß — Naumann, Vertreter Karau; 13. Ausschuß für Heeresangelegenheiten — Kronig, Vertreter Klinke; 14. Ausschuß für Außenpolitik — Klinke, Vertreter Spickermann; 15. Ausschuß für Seewesen — Somschor, Vertreter Graebe; 16. Geschäftsordnungsausschuß — Spickermann, Vertreter Klinke; 17. Ausschuß für öffentliche Gesundheitspflege — Krajczyrski, Vertreter Moritz. Im Altestenausschuß wird die Deutsche Vereinigung durch die Abgeordneten Spickermann und Domherr Klinke vertreten.

Der voraussichtliche Ertrag der Steuern im Jahre 1923.

Nach einer Berechnung des Finanzministeriums werden die direkten Steuern im Jahre 1923 im ganzen 500 Milliarden Mark ergeben. Im Jahre 1922 brachten sie 117 Milliarden.

Die Synode der evangelisch-augsburgischen Kirche in Polen

wurde am 9. Januar in Warschau eröffnet. Die Beratungen der ersten Sitzung betrafen den § 36 der Kirchenverfassung, der nach Ansicht des Referenten, des Vorsitzenden des Warschauer Kirchenkollegiums, Eberhardt, unannehmbar ist. Der Referent beantragte Änderungen dieses Paragraphen in Bezug auf die Zusammensetzung der Synode.

Die Saatflächen in Polen.

Das Statistische Hauptamt gibt folgendes bekannt: Auf Grund der bis zum 20. Dezember eingelaufenen Berichte ist die im Herbst 1922 mit Wintersaat besäte Fläche errechnet worden. In ganz Polen mit Ausnahme von Oberschlesien sind mit Winterroggen 4 644 000 Hektar, mit Winterweizen 956 000 Hektar besät. Im Vergleich zum Herbst 1921 hat die Winterroggensaatfläche um 2.8 v. H. zugenommen während sich die Winterweizensaatfläche um 1.9 v. H. verringert hat. Von den einzelnen Wojewodschaften haben im Vergleich zum Herbst 1921 die größte Zunahme die Wojewodschaften Polesisse und Nowogrodek zu verzeichnen, während sich in den der galizischen Wojewodschaften die Ausdehnung der Saatflächen verringert hat. Die Abnahme ist dadurch zu erklären, daß unaufhörliche Regenfälle Ende des Jahres und im Herbst in vielen Gegenden die Beendigung der Arbeiten vor Eintritt der Frostperiode verhindert haben. Am schlimmsten ist es der Wojewodschaft Stanisławow ergangen.

Aus der polnischen Presse.

Die Einführung von Standgerichten in Pommerellen besprechend, erklärt der „Głos Pomorski", daß die Regierungsbehörden wichtige Verordnungen erlassen, ohne die von der Verordnung betroffene Bevölkerung und die in dem Geltungsbereich herrschenden Verhältnisse zu kennen. „Man muß natürlich annehmen" — schreibt der „Głos Pom." —, „daß der Ministerrat bzw. der Ministerpräsident zuerst den Wojewoden von Pommerellen nach seiner Meinung gefragt hat. Wir schließen das daraus, daß in bezug auf das Posener Gebiet eine Anfrage an den dortigen Wojewoden, Herrn Celichowski, ergangen ist. Herr Celichowski hat der Regierung erklärt, daß im Posener Gebiet die Einführung von Standgerichten überflüssig sei. Die Regierung führte trotzdem die Standgerichte ein, — und Herr Celichowski ging (? Red. d. Pos. Tagebl.). Bei uns wurde wahrscheinlich Herr Wojewode Brejski auch um seine Meinung befragt. Was er gesagt hat, wissen wir nicht. Es ist aber anzunehmen, daß er nicht opponiert hat, da von irgend welchen Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Standgerichte zwischen dem Wojewoden von Pommerellen und der Regierung nichts zu hören war. Das Interessanteste an der ganzen Angelegenheit ist aber das, daß die im „Dziennik Ustaw" veröffentlichte Verordnung über die Standgerichte offiziell und unmittelbar noch nicht zur Kenntnis aller Lokalbehörden gelangt ist. Weder von den Gerichtsbehörden noch von der unmittelbar vorgesetzten Verwaltungsbehörde hat der Magistrat eine Benachrichtigung erhalten. Und infolge der Unklarheit hinsichtlich der Beweggründe hat die Einführung der Standgerichte eine ernste Beunruhigung hervorgerufen. Denn jeder muß sich zunächst sagen, daß hier nur politische Motive eine Rolle spielen können."

Der Rücktritt des Posener Wojewoden Celichowski gibt dem „Postęp" Anlaß zu folgenden Bemerkungen: „Gerüchte wollen wissen, daß eigentlich Dr. Wachowiak für den Posten des Posener Wojewoden in Aussicht genommen war. Wir bestreiten nicht, daß Dr. Wachowiak ein begabter und arbeitsamer Mann ist, aber es fehlt ihm vor allem an Kenntnis der Gesetze und an Lebenserfahrung sowie an Kenntnis der großpolnischen Bevölkerung. Außerdem würde eine unvermeidliche Parteilichkeit ihn bei der Ausübung der Geschäfte des Wojewoden hindernd im Wege stehen. Wenn überhaupt die Talente des Herrn Wachowiak für einen solchen Posten ausgenützt werden sollen, dann sollte man zuerst an Pommerellen denken, wo die Maßnahmen des Herrn Brejski, des jetzigen dortigen Wojewoden, so viel zu wünschen übrig lassen, daß sogar seine politischen Freunde auf die offen zutage liegenden Fehler ihres Patriarchen hinweisen mußten."

Ein interessantes Dokument veröffentlichte der „Przegląd Wieczorny" am 8. Januar, indem er schrieb: „Allgemeine Aufmerksamkeit erweckte vor einigen Tagen die Behauptung des „Goniec Wielkopolski", daß die Gegner des Nationalismus und Faszismus in Polen sich vor Anschlägen nicht mehr sicher fühlen. Jetzt präzisiert der „Goniec" seine Anklagen und belegt sie mit Dokumenten. Er schreibt: „Auch bei uns bestehen geheime Organisationen von solchen Verbrechern. Wir sind im Besitze von ihren „schwarzen Listen" und anderen Beweisen, die wir den Abgeordneten übergeben haben. Auch bei uns sollte eine Revolution ausbrechen; wir wissen sogar wo und wann, wir wissen auch, wer die führenden Männer der Linken festnehmen sollte. Die Posener Faszisten gedachten also den Weg der Revolution zu wählen. Die Ermordung des Präsidenten Narutowicz verdarb unseren Faszisten ihre Pläne. Wir wollen jetzt noch nichts darüber preisgeben, damit die Mörderbande keine Möglichkeit des Vertuschens habe. Sobald Warschau gewisse Behörden, zu denen wir kein Vertrauen haben, anders besetzt hat, werden wir alles beim Namen nennen. Eine christlich-katholische Organisation nimmt Zuflucht zu Mordtaten."

Wie im Pelplíner Collegium Marianum zu preußischen Zeiten polnische Denkungsart gepflegt wurde, das erzählt Br. Ch. im „Głos Pomorski" (Nr. 299 vom 23. 12.) wie folgt: „Es war im Jahre 1900. Wir waren damals in der Quarta des Collegium Marianum in Pelplin. In den letzten 14 Tagen vor dem Feste versüßten uns die Professoren die Zeit vor Weihnachten durch das Lesen von Weihnachtserzählungen für die Jugend. So las uns z. B. der Geographielehrer, der Deutsche S . . . . Reiseschilderungen von Karl May „Die Weihnacht" vor, worin von einem Polen die Rede war, der von dem Wiedergewinnen der Freiheit durch die polnische Nation träumte, eine durch und durch edle, des Wiedergewinnens der Unabhängigkeit würdige Nation. Ein anderer Professor, der Geistliche Z . . . . ski, trug uns in den Stunden polnische Gedichte, unsre Vergangenheit aus den Zeiten der Kreuzritter, vor. Beim Betreten der Klasse begann er mit den Worten: „Wir schlossen mit jenem Zeitpunkt, als die Kreuzritter, diese Hundsfötter, nachdem sie Rom und den Herzog Konrad betrogen hatten, Polen das Culmer Land entrissen." Und nun ließ sich unser lieber, wenngleich sehr strenger Professor darüber aus, daß die Kreuzritter die aus Rom erhaltenen Dokumente gefälscht hätten, in denen der Papst sie vor dem Raube fremder Länder warnte, in dem Sinne, als ob der Heilige Stuhl ihnen das Culmer Land und die Lande, die sie noch erobern würden, als Eigentum geschenkt hätte."

Für die „Gazeta Olsztyńska" wirbt in der genannten Zeitung (Nr. 298 vom 24. 12. 22) ein „proletarischer Geistlicher", indem er an die Leser die Bitte um eine Weihnachtsgabe für die Alten richtet und dann fortfährt: „. . . Besonders auf einen guten Zweck gestatte ich mir die Aufmerksamkeit der lieben Leser zu lenken, d. i. auf die Unterstützung und Verbreitung unsrer Presse oder Zeitung. Die deutschen Bischöfe fordern unablässig dringlichst die Gläubigen dazu auf, die gute Presse zu verbreiten. Für uns kommt hier nur die „Gazeta Olsztyńska" in Frage. Sie ist in Ostpreußen und in der Flatower Gegend die einzige Zeitung, das einzige, uns nicht feindlich gesinnte Blatt, das für unser leibliches und geistiges Wohl sorgt. Sie steht nicht unter dem Einfluß des Molochs des Chauvinismus, dem die uns feindlichen Blätter das wahre Wohl des Landes jetzt ebenso opfern, wie sie es vor dem Kriege und während desselben taten. Einzig die „Gazeta Olsztyńska" hat Verständnis für unsere geistigen und leiblichen Bedürfnisse; denn es nehmen in ihr das Wort Leute aus unserer Mitte, die alle unsere Nöte und Bedürfnisse recht mitfühlen. Und sie hat fürwahr den Willen, aus allen Kräften unserm Wohle zu dienen. Andere uns feindliche Blätter hingegen wollen in ihrer grenzenlosen Verblendung offen unseren Schaden, unser Verderben. Die „Gazeta Olsztyńska" ist bestimmt das einzige Blatt, das mit der unsittlichen Arbeit der Entnationalisierung, der Germanisierung, nicht einverstanden ist. Sie hat auch die schwere, aber so edle Arbeit übernommen, unser noch durch und durch gutes Volk vor der Demoralisierung zu schützen, der ein seine Nationalität einbüßendes Volk gewöhnlich unterliegt. Daß die Entnationalisierung, d. i. die Germanisierung des Volkes, in hohem Grade unmoralisch und böse ist und unserem Volke unermeßlichen leiblichen und geistigen Schaden zufügt, das kann niemand bestreiten. Schlimm ist die Germanisierung in der Schule; denn der Anfangsunterricht in einer andern als der Muttersprache ist ein Hohn auf die elementarsten erzieherischen Grundsätze, heißt dem Nächsten an Leib und Seele Schaden zufügen. Die Germanisierung in der Kirche ist insofern schlimmer, als der Religionsunterricht wichtiger ist als andere Unterrichtsgegenstände. Die Entnationalisierung, die Germanisierung, ist ein Vergehen gegen das natürliche Recht. Hierüber lesen wir in der Moraltheologie von Höpfert, 1915: „Das natürliche Recht ist das unerläßliche Fundament des positiven Rechts. Das gilt sogar von der göttlichen Gesetzgebung. Um so mehr gilt es von dem menschlichen Recht, und darum kann kein menschliches Gesetz etwas gegen das natürliche Recht vorschreiben, und jedes Recht, das dem natürlichen Recht zuwiderläuft, hat keine bindende Kraft und kann höchstens dazu dienen, die gesetzgebende Autorität zu untergraben."

Frankreichs Angriff auf Deutschland

Der Beginn des Vormarsches.

(Sondermeldung des „Pos. Tagebl.").

Paris, 11. Januar. Die belgische und die französische Note mit der Feststellung der verschuldeten Nichterfüllung sind in Berlin überreicht worden. Der Vormarsch der französischen und der belgischen Truppen soll heute beginnen.

Ungünstiger Beschluß der Reparationskommission.

Die Reparationskommission hat, wie zu erwarten war, in ihrer Dienstagssitzung, die von 9½ bis 12½ dauerte, mit den Stimmen Italiens, Frankreichs und Belgiens gegen die Stimme des englischen Delegierten die Feststellung einer vorsätzlichen Nichterfüllung in der Frage der deutschen Kohlenlieferungen beschlossen. Die vier verbündeten Regierungen sind nachmittags von dem Beschluß der Reparationskommission offiziell in Kenntnis gesetzt worden.

Die erste Stunde der Sitzung der Reparationskommission war durch die Anhörung der deutschen Vertreter ausgefüllt. Die Kommission begann gleich, nachdem die Deutschen sich zurückgezogen hatten, die Erörterung über den französischen Antrag auf Feststellung der vorsätzlichen Nichterfüllung. Barthou trat in längeren Ausführungen für die Annahme seines Antrages ein. Der englische Delegierte, Sir John Bradbury, ergriff dann das Wort. Seine Rede gipfelte in der Erklärung, daß zweifellos ein Versagen Deutschlands bei den Kohlenlieferungen vorliege, daß aber nach seiner Auffassung die Angelegenheit zu unbedeutend sei, um eine ernste Entscheidung zu rechtfertigen, und daß er gegen die Feststellung stimmen werde. Der amerikanische Beobachter Boyden schloß sich dieser Erklärung an und betonte seinerseits die Notwendigkeit einer umfassenden Revision der deutschen Verpflichtungen. Die Delegierten Italiens und Belgiens erklärten den französischen Antrag für berechtigt.

Die französischen Truppentransporte.

Die Truppenentsendung aus Frankreich und dem Saargebiet hat am 7. Januar begonnen. Es sind von den deutschen Eisenbahnverwaltungen 75 Züge zu 50—55 Wagen angefordert worden, von denen die letzten 24 erst anrollen, während bis Donnerstag nachmittag 40 Züge schon entladen waren. Die ersten Züge waren aber nur halb beladen, und zwar stets gemischt mit Infanterie, Kavallerie und Artillerie. Die Feldbäckereien, Munitionszüge, fahrbaren Radiostationen und was die Franzosen sonst noch mitschleppen, sind erst heute im Anrollen. Aus diesen tatsächlichen Ziffern ergibt sich, daß die Besatzungsarmee höchstens 40000 bis 50000 Mann stark sein wird, wahrscheinlich aber ist sie noch schwächer. Ihr Befehl lautet auf Besetzung von Mülheim und Essen mit Umgebung. Für die Besetzung von Gelsenkirchen und Bochum liegt ein Geheimbefehl bereit, der aber noch zurückgehalten wird, da die Besetzung dieser beiden Orte nur gegebenenfalls, d. h. als neues Druckmittel, vorgenommen werden soll.

In Mainz verlautet, daß 45 000 Mann neue Truppen aus Frankreich, in der Hauptsache Spahis, in die Rheinprovinz einrücken werden. Der Truppenverkehr im gesamten Rheinland ist, soweit die Bahn dabei in Betracht kommt, ein so gewaltiger,

---

Amerikanisches Copyright 1920 bei Carl Duncker, Berlin.

Sidi Marik.

Roman von L. vom Vogelsberg.

(40. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Im Namen des Allerbarmers und Allweisen — ich bin gekommen, Dich zu retten!"

„Dir sei Dank. Löse meine Fesseln, so Du willst." Kaum vernehmbar kam das unter den Tüchern hervor. Er beugte sich vor und löste die leicht auf den Rücken gebundenen Hände. Und dann fiel sein Blick ganz von ungefähr auf die kleinen nackten Füßchen, die vorwitzig unter dem langen weißen Haik hervorsahen, und darüber ein Stück Stoff, blaßblau und goldfarben gestreift — er stieß einen Schrei aus, einen ganz hellen lauten Schrei, wie er ihm nie von den Lippen gekommen, seine Muskeln dehnten sich und knackten. Und mit fiebernden zitternden Händen riß er das weiße Tuch vom Gesicht der Gestalt, — „Lel..." Wie ein Schluchzen war es, ein Aufschreien, ein Jauchzen. Denn mit einemmal waren alle die bangen schwarzen Sorgen von ihm abgefallen, fort wie verflogen unter den Rosenfingern eines jungen aufsteigenden Tages. „Lel!..." Da lag sie mit stillen, großen Augen, unbeweglich. Und suchte in seinem Gesicht, das im Schatten lag. Er nahm ihre Hände, ganz lind und sacht. „Lel... bist Du's?" Sie bewegte leise den Kopf. Und dann sah er in ihren Augen wieder die Funken tanzen, noch ganz verstohlen; aber schon flimmerte es golden darin. Er reichte ihr die Hand und hob sie auf. Das weiße Gewand fiel ab, und sie stand da im blaugelben Haik. Es war wie ein Festgewand. Sie sah den Blick und folgte ihm. Und ihr Gesicht färbte sich dunkler.

„Habt Ihr ein Fest zu Hause?" fragte er. Sie schüttelte den Kopf, und das Inkarnat vertiefte sich.

„Ich war gegangen, nach Dir auszusehen, wie jeden Tag. Da fingen sie mich..." „Lel..." Und ohne Pose, ohne Verschämtsein legte sie die Arme um seinen Hals und küßte ihn, nicht wie damals in der Nacht unter den Palmen, wild und versengend, sondern heiß und fest, voll Vertrauen und Reinheit.

Und als sie in der Sonne stand, da sah er, daß ihre Züge feiner und reiner geworden waren in diesen Monaten. „Ich habe nach Dir ausgesehen..." Noch einmal nahm er sie in die Arme und küßte sie, und sie gab ihm den Kuß zurück. In ihm aber lag wieder die Sehnsucht. Da ließ er schnell von ihr, hob sie aufs Pferd und stieg zu ihr. Eng aneinandergeschmiegt ritten sie in Sonne und Blau hinein. Ein feuchter Glanz lag in den Augen des Mädchens. Wie hoffende Sehnsucht und erfüllte Hoffnung. Er fühlte ihren süßen Leib an dem seinen und spürte den Brand der Sonne. Aber er sprach kein Wort, trabte nur vorwärts, hoffend, daß der Ritt bald zu Ende sei. Und wünschte doch wieder, daß er ewig dauern möchte. Weiße Pünktchen tauchten in der Ferne auf, die sich mit rasender Geschwindigkeit näherten. Es waren die Schüsse, die sie herbeigerufen hatten. Und von Westen her kamen neue Pünktchen. „Lel..." sagte Sidi Marik. Er biß die Zähne zusammen und nahm die Flinte herunter. Sie schlang die Arme fester um seinen Hals. „Es ist mein Vater." Da kamen sie die Düne herauf im Galopp, wild, rasend. Der Sand stob und die Pferde wieherten und bäumten. Es war der Schech mit einem Trupp seiner Leute; wie ein Junger saß er im Sattel. Es geschah zum erstenmal, daß ihn beinahe die Würde verließ: ein unnennbares Erstaunen lief über sein Gesicht. Aber er fragte nicht, und Lel durfte nicht reden, doch sein Gruß war tief dankbar und feierlich.

„Gottes Wege sind wunderbar. Er ist allweise und allwissend. Sein Name sei gelobt!" Da waren auch die andern heran. Noch saß die verzerrte Wut im Gesicht Said Ibrahims und sie wich nur langsam einem ungeheuren Staunen. Das Wunder, das die Menschen hier sahen, erschien so groß daß sie die sonstige Zurückhaltung vergassen und in ein erstauntes Murmeln ausbrachen. Aber dann ordnete sich der Zug. Links und rechts von Sidi Marik der Schech und sein Sohn und ringsum die übrigen Männer der Beni Humajun. Sidi Marik hielt seinen Schatz fest, erst recht. Und frohlockte. Es war wie ein Brautzug. Schon von weitem war aus dem Duar ein Jammern und Wehklagen der Weiber zu hören, bald rhythmisch wie ein Lied, bald in gellen, ohrenzerreißenden Trillern. Je näher der Zug kam, um so mehr ebbte das wilde Tosen ab; es war, als wenn man sich einem allmählich verstummenden Froschsumpf nähert. Erst fielen vereinzelte Stimmen aus, dann immer mehr und mehr, fast klang das Trillern und Gellen wie Erstaunen und dann gellte auf einmal ein vielstimmiger Schrei durch die Luft — wie das wilde Heer brach alles, was weiblich war im Duar, hervor und stürmte auf die Reiter zu. Sogar eine Anzahl Hunde und anderes Getier schloß sich an. So wurde heute zum zweitenmal der Kodex der Wüste durchbrochen. Der Trupp hielt vor dem Zelt des Schechs. Mit bittersüßem Gesicht stieg Sidi Marik ab und hob Lel vom Pferd. Noch einmal preßten sich ihre Arme um seinen Hals, dann lag sie der schluchzenden und schreienden Mutter in den Armen. Aber nur für Sekunden, dann ließ Fatme die Wiedergefundene los, warf sich vor Sidi Marik in den Sand und bedeckte seinen Burnus mit Küssen. Entsetzt sprang er zurück, aber sie rutschte ihm nach und ließ nicht ab in ihrem demütigen Dank. Da trat Said Ibrahim näher und gebot ihr mit freundlichen Worten, aufzustehen. Noch ein unendlich dankbarer und ein unendlich verheißender Blick, dann verschwanden die beiden Frauen im Zelt. Das starre Dogma von der Trennung der Geschlechter hatte wieder die Herrschaft. Am Abend aber flackerten die Feuer und der ganze Duar feierte ein glänzendes Fest. Auf Teppichen erhöht saß Sidi Marik und neben ihm der Schech und Said Ibrahim. Die Schüsseln dampften vom Köstlichsten, was die Küche der Sahara zu bieten hatte und bald fuhren die fünf Finger des Schechs, bald die seines Sohnes in die Schüssel, um dem Helden des Tages die besten Stücke zuzuschieben.

(Fortsetzung folgt.)

wie er hier kaum bei der ersten Besetzung des Rheinlandes beobachtet wurde. Es sind in den letzten 24 Stunden mehr als 50 Transportzüge in der Richtung nach Duisburg, Rattingen, Mülheim (Ruhr) abgelassen worden.

Dem „Journal" zufolge hat gestern abend 9,45 Uhr ein neuer Transport Staatsingenieure Paris in Richtung Düsseldorf verlassen. Aus Mainz meldet der „Petit Parisien", daß der Oberbefehlshaber, General Degoutte, mit seinem Generalstabe heute nach Düsseldorf abreist.

Resignation in London.

Die amtlichen Preise sehen der Entwicklung der Dinge mehr mit Spannung als mit irgendeiner Befürchtung entgegen. Nachdem Bonar Law die englische Haltung in Paris vollkommen klargelegt habe, bleibe für England nichts weiter übrig, als die weiteren Ereignisse abzuwarten. Diese resignierte Haltung der amtlichen Stellen findet ihre Ergänzung in der Haltung der maßgebenden Presse. Nach dem „Daily Telegraph" macht man sich über die Haltung der westfälischen Arbeiterschaft Sorge. Die Bergleute des Ruhrgebietes würden wahrscheinlich von den Grubenarbeiterverbänden des Auslandes Unterstützungen erhalten, selbst von den französischen Organisationen.

Das Kabinett wird keine Entscheidung darüber treffen, in welcher Form es zu der französischen Politik der Pfandergreifung und der Durchführung von Sanktionen Stellung nehmen wird, bis Poincaré genau gezeigt hat, was er will. Die Frage der Zurückziehung der britischen Truppen aus dem Rheinland und der englischen Vertreter aus der Reparationskommission wird nicht sofort aufgeworfen werden, sondern sicherlich erst, wenn der Vormarsch der Franzosen im Ruhrgebiet schwere Umwälzungen hervorgerufen hat.

Eingreifen Hardings?

Nach Meldungen aus Washington wird dort halbamtlich erklärt, daß die Regierung Frankreich direkt mitgeteilt habe, sie sei nicht einverstanden mit der Besetzung des Ruhrgebietes, da sie der Meinung sei, daß ein solches Vorgehen ernste wirtschaftliche und finanzielle Folgen für ganz Europa haben werde.

Der „Matin" hat sich bei den maßgebenden französischen Stellen erkundigt und teilt mit, daß von einem derartigen Schritt Amerikas bei der französischen Regierung nichts bekannt sei.

Die Grundlage dieser Meldung bildet wohl eine Nachricht der Pariser Ausgabe des „Neuyork Herald", daß Frankreich von Amerika ein eingehender Plan für einen Sachverständigenausschuß vorgelegt worden sei, der die Zahlungsfähigkeit Deutschlands feststellen soll und dessen Beschluß als Grundlage eines künftigen Einvernehmens zwischen den Alliierten dienen könnte. Die Pariser Regierung hat um Mitteilungen gebeten und sie erhalten.

Paris erwartet die Abberufung des deutschen Botschafters.

In unterrichteten Kreisen erwartet man die Abberufung des deutschen Botschafters im Augenblick der Besetzung. Die laufenden Geschäfte würden dann von einem Beamten der Botschaft weiter geführt werden.

Mahnung des Papstes an Frankreich.

Die Agentur „Italia" meldet, der vatikanische Generalstaatssekretär habe dem französischen Botschafter beim Heiligen Stuhl eine diplomatische Ermahnung überreicht, damit Frankreich in der Haltung gegenüber Deutschland in der Wiedergutmachungsfrage mehr Geduld und Mäßigung zeige.

Liquidation des deutschen Eigentums in Italien.

Die Haltung der Reparationskommission sowie die Unmöglichkeit zu einer Einigung zu gelangen und das von Italien gewünschte Bankkonsortium zustande zu bringen, haben zum endgültigen Abbruche der Verhandlungen über das deutsche Eigentum geführt. Die italienische Regierung wird darum am 1. Februar zur Liquidation des deutschen Eigentums schreiten.

Die Stellungnahme Deutschlands.

Ein Aufruf des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat an die Bevölkerung des von der Neubesetzung bedrohten Gebietes folgenden Aufruf gerichtet, der durch öffentlichen Anschlag verbreitet wurde:

„Mitbürger! Gestützt auf militärische Gewalt schickt sich fremde Willkür an, erneut das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu verletzen. Abermals erfolgt ein Einbruch unserer Gegner in deutsches Land. Die Politik der Gewalt, die seit dem Friedensschluß die Verträge verletzt und die Menschenrechte mit Füßen tritt, bedroht das Kerngebiet der deutschen Wirtschaft, die Hauptquelle unserer Arbeit, das Brot der deutschen Industrie und der gesamten Arbeiterschaft. Die Ausführung des Friedensvertrages wird so zur absoluten Unmöglichkeit, und zugleich werden die Lebensbedingungen des schwer leidenden deutschen Volkes noch weiterhin zerrüttet.

Der Vertrag von Versailles sollte den Völkern den ersehnten Frieden bringen. Was hier geschieht, ist aber die Fortsetzung des Unrechts und der Gewalt. Es ist Vertragsbruch, angetan einem entwaffneten und wehrlosen Volke. Deutschland war bereit, zu leisten, soweit seine Kraft reichte. Trotzdem wird es nun überfallen. Diese Gewaltakte klagen wir an. Vor Europa und der ganzen Welt erheben wir unsere Stimme, daß hier eine fremde Macht das heilige Recht des deutschen Volkes am eigenen Boden, sein Recht zum Leben vergewaltigt.

Nun sollt Ihr für das ganze deutsche Vaterland das harte Los der Fremdherrschaft erleiden. Harret aus in geduldiger Treue! Bleibt fest, bleibt ruhig, bleibt besonnen! Im Gefühl unseres guten Rechtes tretet in ernster Würde den fremden Gewalthabern entgegen, bis der Morgen tagt, der dem Recht seinen Platz und Euch die Freiheit gibt. Wir aber geloben Euch Treue und Hilfe. Unsere rastlose Sorge wird es sein, und nichts soll ungeschehen bleiben, um Eure Not zu lindern und den Weg zum wahren Frieden zu finden. An deutschem Gemeinsinn und an deutscher Opferfreudigkeit werden die fremden Machtpläne zerschellen. Haltet allezeit hoch die deutsche Einheit und unser gutes Recht.

gez. Ebert, Reichspräsident.
gez. Cuno, Reichskanzler.

Feststellung eines dreifachen Vertragsbruches durch Frankreich.

Der Reichsminister des Auswärtigen, von Rosenberg, übergab der Presse eine eingehende Erklärung über die Rechtslage in der Sanktionsfrage. In dieser Erklärung wird an Hand des Versailler Vertrages festgestellt, daß die Durchführung der französischen Pläne der angekündigten Art in dreifacher Richtung einen groben Vertragsbruch darstellen würde:

1. Rechtfertigen die Beschlüsse der Reparationskommission in der Holz- und Kohlenlieferungsfrage überhaupt kein Vorgehen gegen Deutschland über die Note vom 21. März 1922 hinaus.

2. Ließ der Vertrag bei etwaiger Feststellung angeblicher sonstiger Verfehlungen Deutschlands keinerlei Sanktionen territorialen Charakters zu.

3. Könnten auch die formell etwa zugesagten Maßnahmen gegen Deutschland nur von den Alliierten gemeinsam getroffen werden. Die französischen Rechtsargumente seien derart gekünstelt, daß sie die geplanten Maßnahmen als den Versuch rechtswidriger Vergewaltigungen erkennen ließen.

Einmütigkeit im Ministerrat.

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fand Dienstag nachmittag ein Ministerrat statt, an dem auch der preußische Ministerpräsident teilnahm. Der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen berichteten über die durch das Vorgehen Frankreichs geschaffene Lage und die Stellungnahme der Reichsregierung dazu. Die Aussprache ergab völlige Einmütigkeit.

Morgen soll eine Parteiführer-Besprechung mit dem Reichskanzler stattfinden, in der diese mit den Maßnahmen der deutschen Regierung bekannt gemacht werden sollen.

Sozialdemokratie und Regierung.

Der „Vorwärts" schreibt: Verschiedene Blätter, darunter die „Kreuzzeitung", beschäftigen sich lebhaft mit der Frage des Eintritts der Sozialdemokratie in die Regierung. Da die Regierung in keiner Weise die Absicht zu erkennen gegeben hat, eine derartige Einladung an die Sozialdemokratie ergehen zu lassen und da auch die Sozialdemokraten weit davon entfernt sind, eine solche Einladung provozieren zu wollen, ist der ganze Streit gegenstandslos.

Auch die Kommunisten gegen Poincaré.

In einer sehr stark besuchten öffentlichen Versammlung der Kommunistischen Partei Groß-Frankfurt erhob die Frankfurter Arbeiterschaft gegen die Vergewaltigung Deutschlands und den drohenden Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet energisch Protest. Vier Redner, die von einer internationalen Konferenz zu Essen kamen, wandten sich in sehr scharfen Ausdrücken gegen den Erdrosselungsplan Poincarés.

Marcel Cachin (Frankreich) stellte fest, daß das französische Proletariat im Falle Poincaré seinen Plan verwirklichen sollte, Seite an Seite mit der deutschen Arbeiterschaft ihm entgegentreten würde. Das internationale Proletariat lasse sich nicht wieder abschlachten wie 1914. Das Mitglied des englischen Unterhauses Walton Newbold geißelte die französische Absicht, den Reichstum des Ruhrbeckens abzuschöpfen. Wenn England sich gegen die Absicht Poincarés wende, so geschehe das aus keinem anderen Grunde, als daß man den Franzosen das Ruhrgebiet nicht gönne. Der Italiener Vinachi kennzeichnete den Faszismus als eine internationale Erscheinung. Am lebhaftesten wurde der Elsaß-Lothringer Hueber begrüßt. Er schilderte die Ernüchterung des elsaß-lothringischen Volkes, wie sich ein Katzenjammer nach dem chauvinistischen Rausch eingestellt habe. Auch die elsaß-lothringische Arbeiterschaft werde es nicht dulden, daß Frankreich um Elsaß-Lothringens oder um seiner Rheinpolitik willen noch einmal Krieg führt.

Reichskanzler a. D. Dr. Wirth über die Erfüllungspolitik.

Auf der zweiten Londoner Konferenz (29. April bis 5. Mai 1921) machte die deutsche Regierung, nachdem zwei Monate vorher das Angebot des Dr. Simons, der 30 Milliarden Goldmark in Aussicht stellte, unter Drohungen und in heftiger Form zurückgewiesen worden war, ein neues Angebot. Und zwar erklärte sie sich bereit, 50 Milliarden Goldmark im ganzen zu bezahlen. Nach dem berühmten englischen Volkswirtschaftler Keynes war dieses Angebot sorgfältig und mit Genauigkeit entworfen worden und stellte wahrscheinlich das Alleräußerste dar, was Deutschland leisten konnte, wenn nicht mehr als das. (J. M. Keynes, Revision des Friedensvertrages, S. 37.) Diesem Angebot wurde keine Beachtung geschenkt, und der Wiedergutmachungsausschuß setzte einstimmig den Betrag der Zahlungen, die Deutschland zu leisten hätte, auf 132 Milliarden fest. Durch ein Ultimatum wurde die Annahme dieser Forderungen von Deutschland erzwungen. Das Kabinett Fehrenbach trat zurück, und Dr. Wirth erklärte sich bereit, an die Spitze der Regierung zu treten. Nach der Annahme von Keynes war trotz der Unmöglichkeit der Erfüllung es doch das Richtige, daß Deutschland das Ultimatum annahm. Es gab damals viele Leute in Deutschland, die der Ansicht waren, daß es Unrecht sei, unter dem Eindruck von Drohungen unaufrichtig etwas zu versichern, dessen Ausführung unmöglich wäre. Indessen, so bemerkt Keynes, der Vertrag von Versailles war unterzeichnet, und die Ratifizierung des Ultimatums stand im Einklang mit dem Friedensvertrag und setzte nur in Kraft, was Deutschland zwei Jahre lang hatte erwarten müssen. Dr. Wirth und die Leute, die hinter ihm standen, betrachteten die Herabminderung der Reparationsverpflichtungen als eine Angelegenheit, die nicht auf einmal, sondern stufenweise erledigt werden müsse, als einen diplomatischen Feldzug, der von Teilerfolg zu Teilerfolg führen müsse, der aber bei der damaligen Stimmung der Siegervölker nicht mit einem Schlage zu beenden sei. Man achtete nicht viel auf die feierliche Erklärung Frankreichs, daß dies die letzte Konzession sei, und meinte, das französische Volk werde durch die Wucht der Ereignisse und die zwingende Logik der Tatsachen bald zur Vernunft belehrt werden.

Diese Hoffnung hat jedoch getrogen. Frankreich ist nicht zur Vernunft gekommen, sondern es bleibt auch heute noch bei seinen übertriebenen Forderungen. England hingegen hat jetzt, wo allerdings die deutsche Valuta bereits in den Abgrund gesunken ist, die damals gebotene Summe von 50 Milliarden als Grundlage des Zahlungsplanes angenommen. Heute übersteigt auch diese Summe unbedingt die Leistungsfähigkeit Deutschlands. Da Frankreich hierauf nicht eingehen wollte, so erfolgte der Bruch. England zog sich von der Zusammenarbeit mit seinem Ententegenossen zurück und verzichtete darauf, weiter eine Rolle in der festländischen Politik zu spielen. Frankreich hat also freie Hand und rüstet sich, mit Waffengewalt gegen Deutschland vorzugehen und ihm durch militärische Besetzung und wirtschaftliche Lostrennung des Ruhrgebiets einen lähmenden Schlag zu versetzen.

Angesichts dieser Entwicklung fragt sich jeder, der über Politik nachdenkt und dem das Wohl Europas am Herzen liegt, ob denn die deutsche Politik der vergangenen Jahre, die sogenannte Erfüllungspolitik des Reichskanzlers Wirth das Richtige war. Viele kommen zu dem Ergebnis, daß Wirth schon früher die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands hätte erklären und so die entscheidende Krise hätte herbeiführen müssen. Der ehemalige Reichskanzler hat am vergangenen Sonntag in einem in Köln vor vielen tausend Zuhörern gehaltenen Vortrag sich selbst zu dieser Frage geäußert und seine Politik verteidigt. Über seine Rede ist uns folgender Bericht zugegangen:

„Zu dem für Sonntag, den 7. Januar, 11½ Uhr vormittags, angekündigten Vortrag des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth über die innen- und außenpolitische Lage hatte sich im großen Saale der Bürgergesellschaft eine vieltausendköpfige Zuhörermenge eingefunden. Dr. Wirth beklagte den Mangel einer einheitlichen politischen Willensbildung in Deutschland, der es jeder Regierung unendlich schwer mache, die Kräfte zu einem einheitlichen Ziele zu führen. Sehr eingehend befaßte sich der frühere Reichskanzler dann mit der sogenannten Erfüllungspolitik und dem Sinne der Note vom 13. November 1923, in der Bereitwilligkeit erklärt war, den Goldbestand der Reichsbank in Höhe von 500 Millionen Goldmark mit einem ausländischen Kredit zu vereinigen, um eine Aktion zur Stabilisierung der deutschen Mark herbeizuführen. Er sei ehrlich bestrebt gewesen, der Politik des wahren europäischen Friedens die Wege zu ebnen. Diesem Ziele diene die ultimative Politik der Gegner nicht, besonders auch nicht das Londoner Ultimatum mit seiner unmöglichen 132 Milliarden-Forderung. Die beste Rechtfertigung seiner Politik sieht Dr. Wirth in den Äußerungen Lloyd Georges, der ihm gegenüber erklärt habe: „Wenn Sie nicht die Politik der Leistungen geübt hätten, dann wäre Deutschland in Stücke gerissen worden. Sie haben mit Ihrer Politik die Einheit Deutschlands gerettet!"

Der Reichskanzler erinnerte dann die Gegner daran, daß ein Volk, das alles getan habe, was in seinen Kräften stand, Anspruch auf Gerechtigkeit habe. Es sei der größte Frevel am Menschengeschlecht, heute noch die Kriegsfurie über den Kontinent dahinrasen zu lassen, und noch einmal von französischer Seite den Gedanken zu fassen, das deutsche Volk am Rhein von seinem Mutterlande zu trennen. Der Redner warnte die Gegner davor, die deutschen Arbeiter zum Frondienst verurteilen zu wollen. Die innenpolitische Forderung nach der großen Koalition bezeichnete Dr. Wirth als die einzige richtige und sachliche Politik im deutschen Vaterlande; die politische Führung dürfe nicht zusammenfallen mit der Führung der Industrie. Es gelte ferner, sich von allen nationalistischen Extravaganzen fernzuhalten. Redner forderte den Zusammenschluß aller produktiven Kräfte dadurch, daß man das Bürgertum und die Arbeiter zur gemeinsamen politischen Arbeit gewinne. Über das jetzige Kabinett sagte er, daß nun eine Koalition derjenigen Kräfte vorhanden sei, die insbesondere im bürgerlichen Lager geschätzt werden. Aber auch für sie wachse die Größe der Last und die Schwere der Verantwortung. Jetzt sei das Problem genau so wie früher, nur von rechts betrachtet. Man müsse versuchen, zu einer großen Gemeinsamkeit mit der Arbeiterwelt zu kommen.

Im Verlauf der Rede lehnte Dr. Wirth es ab, das Wort: „Der Feind steht rechts" in dem verallgemeinerten Sinne geprägt zu haben, sondern er habe sich nur gegen den Geist gewandt, der immer wieder Gift in die Wunden des deutschen Volkes träufelt. Den Rapallovertrag bezeichnete er als ein Instrument der Verständigung und Versöhnung zwischen Deutschland und Rußland. Das höchste Ziel der deutschen Politik sei die Gewinnung der nationalen Freiheit und Sicherung der Rheinlande beim Reiche. Dr. Wirth ließ auch die leise Hoffnung auf die Hilfsdienste Amerikas durchblicken, glaubte aber, daß die amerikanische Politik viel zu langsam vor sich gehe, denn die Verelendung Europas rase im Eilzugstempo dahin."

Von dem, was Dr. Wirth über die Erfüllungspolitik sagt, erscheint als das Wichtigste der Hinweis auf eine Äußerung Lloyd Georges, Wirth habe durch seine Politik der Leistungen die Einheit Deutschlands gerettet. Der ehemalige britische Ministerpräsident war immer genau unterrichtet über die auf Zerstückelung Deutschlands gerichteten Bestrebungen Frankreichs. Er hat bei den Beratungen der Vier (Wilson, Clemenceau, Orlando, Lloyd George) im Frühjahr 1919 einen erbitterten Kampf gegen die französischen Annexionspläne, die Marschall Foch und anfangs auch Clemenceau vertraten, geführt. Kürzlich hat er in einem Aufsatz seiner Artikelreihe die französische Rheinpolitik heftig angegriffen. Im Rheinlande wurde sogar der Anschlag eines Plakates, das wörtlich Auszüge aus diesem Aufsatz enthielt, durch die interalliierte Rheinlandkommission verboten, weil der Inhalt „geeignet sei, die öffentliche Ordnung zu stören und einen Versuch darstelle, die Alliierten in einen Gegensatz zu einander zu bringen." Diese Tatsachen genügen, um das Zeugnis Lloyd Georges als vollwertig hinzustellen. In der Tat darf man annehmen, daß in einem früheren Zeitpunkt die Franzosen sofort die Gelegenheit einer deutschen Zahlungsverweigerung benutzt hätten, um ihre Zersplitterungspolitik mit voller Energie aufzunehmen. Man mußte damals auch damit rechnen, daß der Widerstand gegen eine solche Aktion viel geringer gewesen wäre, als jetzt. In dieser Beziehung hat die Zeit unzweifelhaft für Deutschland gearbeitet. Der Haß hat sich allmählich mehr und mehr gelegt. Die bisherigen Bemühungen zur Erfüllung haben das Urteil über Deutschland gemildert. Der mit der Erfüllungspolitik verbundene, für Deutschland selbst allerdings äußerst gefährliche Sturz der Mark hat die Aufmerksamkeit der Wirtschaftskreise und der Politiker in allen Ländern, außer in Frankreich, auf den gefährlichen Einfluß der Reparationsfrage auf die Weltwirtschaft gelenkt. Kritik und Mißtrauen gegen Frankreich ist an vielen Orten, vor allem in England und Amerika laut geworden. Papst Pius XI. hat zu Weihnachten 1922 in seiner ersten Enzyklika (Botschaft) sich aufs schärfste gegen den Frieden von Versailles gewandt, den er einen „verfälschten Frieden, einen auf dem Papier geschlossenen Frieden" nennt, der „die Rachegeister eher verschärft und die Gier nach materiellen Gütern, die Quelle von Kämpfen und sozialen wie internationalen Ungerechtigkeiten geradezu legitimiert" habe. Die Wirkung dieser Kundgebung soll man nicht unterschätzen. So hat sich die Stimmung ständig zugunsten Deutschlands gewandelt.

Ob freilich diese Stimmungsänderung Deutschland irgend einen praktischen Nutzen bringt, ist bisher noch zweifelhaft. Es steht zu erwarten, daß Poincaré bei seinem Einmarsch ins Ruhrgebiet einen starken Widerstand bei den angelsächsischen Mächten findet. Ob dieser Widerstand zu wirksamem Vorgehen gegen die französischen Pläne führen wird, ist noch durchaus unsicher. Auch das Urteil über die Wirthsche Erfüllungspolitik läßt sich vorläufig noch nicht mit voller Sicherheit feststellen.

Deutsches Reich.

Die Autonomie-Bestrebungen in Ostpreußen.

Die in letzter Zeit wieder stark hervorgetretenen Autonomiebestrebungen in Ostpreußen gaben am Mittwoch in der Königsberger Stadtverordnetenversammlung Anlaß zu einer großen politischen Aussprache. Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer gab namens des Magistrats die Erklärung ab, daß er zweifellos gegen die Autonomie sei. Ein autonomes Ostpreußen sei nicht lebensfähig und würde schnell dem Niedergang zugeführt werden. Sowohl aus wirtschaftlichen, wie aus vaterländischen und ethischen Gründen sei der Autonomiegedanke zu verwerfen. Der Oberbürgermeister erinnerte dabei daran, wie Ostpreußen besonders auf die Unterstützung des Staates angewiesen sei, wie z. B. bei den Königsberger Hafenanlagen, die ohne Staatsbeihilfe nicht ausgeführt werden könnten. Auch könnte ein autonomes Ostpreußen weder eine eigene Justizverwaltung, noch eine Universität erhalten.

** **Das Schulgeld für die höheren Lehranstalten in Berlin.** Ein Erlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 15. Dezember 1922 läßt mit Genehmigung des Provinzialschulkollegiums ausnahmsweise die Festsetzung des Schulgeldes an den nichtstaatlichen höheren Lehranstalten Berlins bis zu 6000 Mark zu. Der Magistrat von Berlin hat daher beschlossen, das Schulgeld für die Vollanstalten, Lyceen und Realschulen vom 1. Januar 1923 ab auf 6000 M. jährlich (im Klassendurchschnitt) zu erhöhen.

** **Starke Grippeepidemie in Dresden.** Fast täglich fordert in Dresden die Grippe unter der durch Entbehrungen geschwächten Bevölkerung Opfer. Auch die besonders gefährliche Gehirngrippe tritt häufig auf.

** **Keine Paßvisa nach Italien mehr.** Das italienische Generalkonsulat in München gibt amtlich bekannt: Auf Befehl der königlich italienischen Regierung stellt das königlich italienische Generalkonsulat die Erteilung von Paßvisa nach Italien ab 19. Januar ein. Diese Maßregel stellt eine Vergeltung dar für die Mißhandlung mehrerer talienischen Untertanen in München.

** **Überhandnehmen der Wilddieberei.** Bei Artern im Kyffhäuser im Brückener Walde sind seit Mitte November 20 Wilddiebe festgenommen. Selbstverständlich ist es bei einem solchen Treiben mit dem Wildreichtum vorbei.

Sowjetrußland.

Der Hunger.

Nach Meldungen des „Trud" hungern im Baschkirengebiet 900 000 Menschen. Die Ackerfläche ist im Vergleich zu 1920 um 50 v. H. zurückgegangen. Im Gouvernement Simbirsk hungern 200 000 Personen.

Rußlands Beteiligung an ausländischen Messen.

Die wirtschaftlichen Vereinigungen Moskaus treffen Vorbereitungen zur Teilnahme an den Messen in Königsberg, Leipzig, Breslau, Frankfurt und Lyon. Nach Königsberg beabsichtigt man Leinen und Lederwaren zu schicken und nach Breslau Petroleumerzeugnisse, da die Produktion des Petroleums im Monat Dezember 18 Millionen Pud mehr erreicht hat, als im Monat November. In Petersburg ist ein Vertreter von Schweizer Industriellen eingetroffen, der die Absicht hat, dort Lagerräume für schweizerische Waren einzurichten und Handelsbeziehungen mit Rußland anzuknüpfen.

Am 9. d. Mts. starb plötzlich unser ältester Sohn und Bruder,
der Maschinenschlosser

Euphred Ballert

zu Rogasen.

Dies zeigen tiefbetrübt an

4942] **Paul Ballert und Familie.**

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 13. d. Mts., nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause Czarnikauerstraße 133a aus statt.

Rasierklingen

werden in der

Ersten Posener Schleifanstalt
geschliffen.
A. Pohl,
Poznań, ul. Zamkowa 6
und in der
Filiale Krasewskiego 15.

Der neue

Posttarif

auf Karton mit Oese
100 M. das Stück
nach auswärts unter Nachnahme mit Portozuschlag ist zu beziehen durch
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań.

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 12. 1. abends 7½ Uhr: **„Die Jüdin“,** Oper von Halevy.

Sonnabend, den 13. 1. nachm. 3 Uhr: **„Hänsel und Gretel“,** Märchen-Oper von Humperdinck. (Vorstellung für Kinder und Jugend. Preisermäßigung).

Sonnabend, den 13. 1., abends 7½ Uhr: **„Carmen“,** Oper von Bizet.

Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szrejbrowski, ulica Fredry 1.

Gute Pension für Schüler,

Nachhilfe. Zahlung evtl. in Lebensmitteln.
4934] **Ul. Dąbrowskiego 36 I, r.**

Schülerin, auch ält. Mädchen od. Fräulein aus guter Fam. von außerhalb findet **angenehme Pension** bei gut. Aufsicht und Pflege in Stadt Posen. 12jähr. Tochter im Hause. Bei Herrschaften, die Lebensmitteln liefern, verbilligt sich der Pensionspreis. Gefl. Angeb. u. **L. 4936** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Junges Ehepaar sucht

1—2 elegant möbl. Zimmer

per 15. Januar mit oder ohne Verpflegung.
Gefl. Ang. unt. Nr **4895** an die Geschäftsstelle d. Bl.

---

3 Zimmer-Wohnung

zum 1. April gesucht.
(Junges Ehepaar, kinderlos).
Angebote unt. **M. 4930** an die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes erbeten.

---

3 Büro-Räume

in der Oberstadt auf längere Zeit zu vermieten. Ang. u. **4943** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Büro- und Lagerräume,

an der Bahn gelegen, mehrere 100 Quadratmeter, hell und trocken, auf mehrere Jahre zu vermieten. Angebote unter **4944** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Villa in Puszczykowo

(Unterberg)
mit schönem **Obst- und Ziergarten** ist **zu verkaufen.**
Offerten unt. **P. 4888** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Großes Landhaus

verb. m. kl. Landwirtschaft, in **Puszczykowo** zu verkaufen.
Angebote unter **4945** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Goldene Klassiker-Bibel,

2 Bände, 40×30, **mit über 100 ganzseitigen Kunstdrucken** gegen Höchstgebot **zu verkaufen.** Gefl. Angebote unter **Nr. 4494** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Hackmaschinen

System **„Woolnough“**
(wie von Dehne gebaut)
für Getreide u. Rüben
liefert bei rechtzeitiger Bestellung in **allen** Breiten — desgl. Hackmesser
Woldemar Günter,
Landw. Maschinen und Bedarfsartikel, Fette und Oele
Poznań, ul Sew. Mielżynskiego 6. — Tel. 52-25

Zu kaufen gesucht:

Holz-Sägewerk

komplett, betriebsfertig,
neuzeitlich eingerichtet,
mit Wasser- oder Gleisanschluß.

Angebote unter **H. Z. 5049** an **„Reklama Polska“,**
Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6.

[457

Suche

für ernste Reflektanten
Landwirtschaften jed. Größe, sowie Rittergüter, Güter und sämtliche Realitäten.

Offerten mit **Inventar-** und **Preisangabe** oder persönliche **Rücksprache** erwünscht.

Agency M. Tomaszewski,
4912) **Poznań, ul. Długa 13.**

TOW. AKC. „PLÓTNO“
Poznań, Aleje Marcinkowskiego 20
Tel. 14-67 Tel. 14-67
kauft
waggonweise jede Menge

LEINSTROH

zu den höchsten Marktpreisen und bittet um Offerten. (459

Zu kaufen gesucht ein mittelkräftiges

Reit- und Kutschpferd,

5—6jährig, fehlerfrei. [4898
Angebote sind an meine Adresse mit Angabe des Preises zu richten. — **Zu verkaufen** habe ich einen

5jährigen braunen Hengst

(Ostpreußen), vollkommen **fehlerfrei,** mit Stammbaum. Besichtigung erbeten.
Hans Linz, Maschinenfabrik, Rawicz.
Telephon: 16.

Kaufe (435

Pianinos

und zahle die höchsten Preise.
Offerten „Hotel Monopol“.

Automobil,

10/30 PS., leicht wenig Benzin u. Reifen verbrauch., m. elektr. Licht, in gutem Zustande. Gelegenheitskauf. Off. u. **„Automobil R“** an **Reklama Polska,** Aleje Marcinkowskiego 6.

Brunnenbohrungen

jeder Weite und Tiefe, speziell für **Brauereien, Stärkefabriken, Brennereien, Molkereien und Gutshöfe.**

Wasserleitungen,
Pumpen
zum Hand-, Göpel- und Riemenantrieb.
Versuchsbohrungen
nach Mineralien. [437
J. Kopczyński Sp.
Poznań, ul. Łazarska 30,
Telephon 6042. — Gründungsjahr 1893
Brunnenbaugeschäft u. Pumpenfabrik
Filiale in **Bydgoszcz,** ul. Piastowski 11.

Gemäß § 5 des Ortsstatuts vom 21. 3. 1912 wird hiermit bekannt gemacht, daß die Hebeliste der Kanalgebühren für das Jahr 1922 vom 13. 1. bis 26. 1. 1923 in den Dienststunden von 11 bis 2 im Zimmer 35 des Stadthauses zur Einsichtnahme ausliegt.

Poznań, d. 8. Jan. 1923.
Magistrat VII.
(—) Drozdowicz.

Zu kaufen gesucht:

1 eiserne Rutenwelle für Windmühle

bis 21 Ztr. Gewicht. Angebote nur schriftlich an
J. Rajewski. Wielka-wieś, poczta Buk.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.
Freitag, 12. Januar, abends 4 Uhr.
Sonnabend morgens 9¼ Uhr mit Neumondverkündung (Schebat) und Predigt, nachm. 4 Uhr Mincha mit Jugendandacht u. Predigt
Sabbatausgang 4 Uhr 53 M.
Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr (Montag und Donnerstag 6¾ Uhr), ab. 4 Uhr.
Mittwoch abends Jom Kippur Koton.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde), Ulica Dominikańska.
Freitag, d. 12. Januar, abends 4 Uhr.
Sonnabend den 13. Januar vorm. 10 Uhr mit Neumondsverkündung.
Die Andacht findet in der geheizten kleinen Synagoge statt.

Zu verkaufen

ein größerer Posten fast neuer

Gaslampen

1 Krone 10 flammig
8 Kronen 3 flammig
6 Arme 1 flammig } **Bronze,**
1 Regulator, 1 weiß emaillierte eis. Badewanne u. a. mehr.
Gefl. Zuschriften unt. **D. 4940** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**
in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Januar 1923

Name .....
Wohnort .....
Postanstalt .....
Straße .....

Weitere Ladungen

Kronen-Hufeisen und Hufnägel

eingetroffen, [4865
welche ich **zu äußersten Preisen** abgebe.
Franz Guttmann,
Tel. 120. Tczew (Dirschau). Tel. 120.

Schmiedehandwerkzeug,

bestehend aus **Blasebalg, Schleifstein, Amboß, Bohrmaschine und viel Zubehör** [4935
steht **zum Verkauf.** — Preis nach Vereinbarung.
Stibbe, Rzegnowo, Kr. Gniezno.

Kaufe

aus privater Hand bessere **Doppelflinte, dunkles Buffett,** ein Paar gebrauchte goldene **Trauringe,** sowie **Anteilscheine** (Aktien). Gefl. Off. mit genauer Beschreibung und äußerste Preisangabe unter Nr. **53,25** an **„Par“, ulica Ratajczaka 8.**

Sommersprossen, Sonnenbrand, gelbe Flecke, beseitigt unter Garantie
Axela-Crème
½ Dose 1500 M., 1/1 Dose 2500 M. **Axela-Seife,** 1 Stck. 750 M. **J. Gadebusch, Poznan,** Nowa 7

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 11. Januar.

Stadtverordnetensitzung.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung wurde kurz nach 6½ Uhr vom stellv. Stadtverordnetenvorsteher Bugzel eröffnet und geleitet.

Als erster wichtiger Punkt der Tagesordnung wurden die Gemeindezuschläge zur grundsätzlichen Patentsteuer beraten. Berichterstatter war Stadtv. Kucharski. Die angenommenen Prozentsätze verteilen sich wie folgt: a) von Handelsunternehmen der 1. Kategorie 100 Prozent, b) von Handelsunternehmen der 2. Kategorie 75 Prozent, c) von Handelsunternehmen der 3. und 4. Kategorie, von allen gewerblichen Unternehmungen des Jahrmarkthandels und von persönlichen gewerblichen Beschäftigungen 50 Prozent, d) von Unternehmungen, die sich mit dem Ausschank von Alkohol befassen, ohne Rücksicht auf die Kategorie, zu der sie gehören, 200 Prozent. Man rechnet auf eine Einnahme von 150 Millionen.

Die Bewilligung einer 100prozentigen Gehaltszulage, die auf Grund der Oktobergehälter berechnet ist, für die städtischen Beamten und Funktionäre wurde im Sinne des Berichterstatters Stadtv. Stachecki erledigt. Die bewilligte Zulage beträgt einen minimalen Prozentsatz der Dezembergehälter.

Der nächste Punkt betraf die Erhöhung der Arbeiterlöhne um 50 Prozent. Auch hier wurde kein Widerspruch erhoben.

Stadtv. Budzyński berichtete dann über die Zentralisierung der städtischen Werkstätten, für deren Durchführung im ganzen 25 Millionen Mark bewilligt wurden.

Darauf berichtete Stadtv. Budzyński über das Projekt eines neuen Straßennetzes im St. Adalbert-Stadtteil. Bei dem Projekt handelt es sich um eine Verbindung der Małe Garbary (fr. Kleine Gerberstraße) mit der ul. Północna (fr. Nordstraße). Der Entwurf sieht fünf neue Straßen vor. Stadtv. Ballenstedt schlug vor, das Projekt einem Sonderausschusse zu überweisen, der sich aus dem Fluchtlinienausschusse und einigen Spezialisten unter Hinzuziehung des Propstes der in Frage kommenden Parafie zusammensetzen sollte. Die weiteren Ausführungen des Stadtv. Ballenstedt konnten die Mehrzahl der Stadtverordneten nicht überzeugen, so daß das Projekt mit allerdings geringer Mehrheit sozusagen übers Knie gebrochen wurde.

Stadtv. Dr. Seydlitz teilte dann das Ergebnis der Ausschußberatungen über die Hundesteuer mit. Danach bleiben 20 000 M. für den ersten Hund und 60 000 M. für die Haltung des weiteren Hundes bestehen. Bei den Dressurhunden ist folgende Änderung vorgenommen worden: Die Dressuranstalten zahlen keine Pauschalsumme (beschlossen waren 200 000 Mark), sondern 20 000 M. für jeden Hund ohne Rücksicht auf ihre Zahl.

Nach Erledigung der Hundesteuer wurde die Sitzung nach einer Dauer von kaum einer Dreiviertelstunde um ¼8 Uhr geschlossen.

Der neue Wojewode,

Graf Adolf Bniński, trat am Mittwoch sein Amt an, indem er von dem Vizewojewoden Dr. Cwojdziński die Amtsgeschäfte übernahm. Der neue Wojewode ließ sich die Chefs aller Abteilungen sowie die Dezernenten und die Obersekretäre vorstellen und sich von ihnen über ihr Arbeitsgebiet kurz unterrichten. Besonders lebhaftes Interesse bezeigte er für die Tätigkeit der politischen Abteilung, an deren Spitze der bekannte frühere Publizist Fr. Krysiak steht.

Besteuerung der Pacht- und Mietverträge.

Verpächter und Vermieter unbeweglicher Sachen oder ihnen gleichgeachteter Rechte, sowie Verpächter der Jagd auf inländischen Grundstücken oder der Erlaubnis zum Abschuß jagdbarer Tiere auf inländischen Grundstücken gegen Entgelt oder der im Inlande gelegenen unbeweglichen Sachen zur land- und forstwirtschaftlichen Nutzung sind auf Grund des Stempelsteuergesetzes vom 31. 7. 1895 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. 6. 1909 verpflichtet, ihre sämtlichen nach Tarifstelle 48 dieses Gesetzes stempelpflichtigen im Kalenderjahr 1922 in Geltung gewesenen Verträge in das vorgeschriebene Verzeichnis einzutragen und dieses gehörig bescheinigt unter Entrichtung des Stempelbetrages bis zum Ablauf des Januar 1923 dem zuständigen Finanzamt (Urząd Akcyzowy) oder dem zuständigen Inspektorat der Finanzkontrolle zur Abstempelung vorzulegen. Der Versteuerung unterliegen schriftlich wie mündlich abgeschlossene Verträge. Die Formulare (Pacht- und Mietverzeichnis), die auch die Strafvorschriften enthalten, sind in den obengenannten Ämtern zu haben.

Weihnachtsabend der deutschen evangelisch-lutherischen Gemeinde.

Am letzten Donnerstag, abends 6 Uhr, veranstaltete die hiesige evangelisch-lutherische Gemeinde im kleinen Saal des Evangelischen Vereinshauses einen gut besuchten Weihnachtsabend. Der Abend war in erster Linie für die Kinder bestimmt, aber auch die Erwachsenen kamen auf ihre Rechnung. Gedichte, zweistimmige Kinderchöre und vierstimmige Gesänge des Kirchenchors wechselten einander ab. Frl. Matschoß-Posen erfreute die Anwesenden mit einem gut vorgetragenen Sologesang („Es senkt sich hehr und leise"), Frl. Anne und Grete Liehr-Zabikowo mit einem vierhändigen, fein und exakt zu Gehör gebrachten Potpourri über Weihnachtslieder. Der Ortspfarrer, Pastor Dr. Hoffmann, hielt eine kurze Ansprache über einen Weihnachtsabend beim alten Vater Knesebeck zu Rostock im Jahre 1703. Bange Furcht, aber auch große Freude rief bei den Kindern die Ankunft des Weihnachtsmannes hervor, der an alle Kinder Süßigkeiten, Pfefferkuchen und Äpfel austeilte und jedem Kind ein kleines Geschenk brachte. Durch den Reinertrag einer Verlosung und amerikanischen Versteigerung — die Geschenke hierzu waren von Gemeindegliedern in dankenswerter Weise gestiftet worden —, konnten nicht nur die Kosten für die Ausgaben des Weihnachtsabends gedeckt, sondern sogar noch ein beträchtlicher Überschuß erzielt werden. Wegen vorgerückter Stunde mußte ein Teil des Programms noch gestrichen werden. Mit einem kurzen Dankes- und Schlußwort des Ortspastors schloß die schöne Weihnachtsfeier.

Der Männerturnverein Posen, e. V. hielt am Dienstag in der Konditorei Siebert seine Jahreshauptversammlung ab. Der Vorsitzende eröffnete sie mit kurzen Worten und gedachte des jüngst verstorbenen Turnbruders Gottfried Deibele, dessen Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde. Aus dem alsdann erstatteten Jahresbericht ging hervor, daß der Verein im letzten Geschäftsjahre auf eine rege Vereinstätigkeit zurückblicken kann. Die Mitgliederzahl ist von 48 auf 116 gestiegen. Die Beteiligung an den Übungsabenden ist als durchweg gut zu bezeichnen. Auch die sportlichen Leistungen der einzelnen Kräfte haben sichtbare Fortschritte gemacht. Wanderungen, Faustballspiele, volkstümliche Übungen u. dgl. gaben den Mitgliedern Gelegenheit, die Sonntage der Sommermonate auszufüllen. Der Kassenbericht ergab, daß die Ausgaben im Verhältnis zu den Einnahmen standen und dem Verein noch ein Überschuß verbleibt. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Die vom Vorstand vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden von der Versammlung mit geringen Änderungen einstimmig angenommen. Der alte Vorstand wurde in zum Teil anderer Besetzung wiedergewählt. An Stelle der inzwischen ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder wurden drei neue hinzugewählt. Bei Festsetzung des Beitrages mußte den heutigen Zeitverhältnissen Rechnung getragen werden. Der Vorschlag aus der Versammlung, den vierteljährlichen Beitrag auf 2000 M. zu erhöhen, wurde gutgeheißen und einstimmig angenommen. Der Vorstand hofft, daß die Mitglieder auch trotz dieses hohen Beitrages dem Verein weiter Treue bewahren werden. Anträge lagen nicht vor. Der Vorstand berichtete über das am 28. Januar im Zoologischen Garten geplante 62. Stiftungsfest. Viel Abwechselung auf turnerischem und sportlichem Gebiete soll auch diesmal wieder geboten werden. Die besten Kräfte der deutschen Turnerschaft in Polen haben zum Teil ihr Erscheinen zugesagt und werden Übungen im Kunstturnen vorführen. Mit einem dreifach kräftigen „Gut Heil" auf das weitere Wachsen, Blühen und Gedeihen des Vereins wurde die Versammlung geschlossen.

Verschiebung der Bromberger Pädagogischen Woche. Die Pädagogische Woche, die in Bromberg vom 15. Januar ab stattfinden sollte muß infolge Paßschwierigkeiten für mehrere reichsdeutsche Redner verschoben werden. Näheres wird noch bekanntgegeben werden.

Im Großen Theater wird am Freitag Halévys „Jüdin" aufgeführt, am Sonnabend nachmittag zu ermäßigten Preisen Humperdincks „Hänsel und Gretel", am Sonnabend abend Bizets „Carmen" (mit Frl. Szafrańska in der Titelrolle). Vorverkauf der Eintrittskarten für die Vorstellungen bis zum 15. Januar einschl. bei Szrejbrowski, ul. Fredry 1, für die späteren Vorstellungen in der Zigarrenhandlung von Górski im Hotel „Monopol".

Deutsche Interessengemeinschaft für die werktätige Bevölkerung in Posen. Sonntag, den 14. Januar, Mitgliederversammlung bei Fiedler in Wilda, in der Beiträge entgegengenommen werden. Der Vortrag von Herrn Steinhof über das Krankenkassengesetz muß am nächsten Sonntag leider ausfallen und wird erst am Sonntag, dem 21. d. Mts., nachmittags 5 Uhr im Saale des Vereins junger Kaufleute, plac Wolności (fr. Wilhelmsplatz), stattfinden.

⚔ **Sein 25jähriges Berufsjubiläum** beging am 9. d. Mts. der Schmied in den Eisenbahnwerkstätten Teofil Chruszczyński, ul. Kolejowa (fr. Bahnstr.) wohnhaft. Er war nach dem Weltkriege von Berlin nach Posen übergesiedelt. Von Berufsgenossen und Verwandten wurde er an seinem Jubiläumstage mit verschiedenen Aufmerksamkeiten überrascht.

⚔ **Wer ist der Eigentümer?** Bereits im September v. Js. ist auf dem Sapiehaplatz ein Trauring mit den Buchstaben S. D. gefunden worden. Verlierer ist vermutlich eine Wochenmarktbesucherin. Der rechtmäßige Eigentümer kann sich im Starostwo Grodzkie melden.

⚔ **Ein Unverbesserlicher.** Gestern vormittag 7½ Uhr traf hier mit dem Zuge aus Jarotschin ein Herr ein, der mit der Linie 1 nach der ul. Wodna (fr. Wasserstr.) fuhr. Hier bemerkte er, daß ihm eine Stahluhr mit Anhänger und einem goldenen Siegelring mit Wappen im Gesamtwerte von 300 000 M. von einem Taschendiebe gestohlen worden war. Als Täter konnte nur ein verdächtiger junger Mann in Frage kommen, der während der ganzen Fahrt dem Bestohlenen gegenüber auf dem Schaffnerplatz gestanden und in Begleitung zweier Frauenspersonen, die ihm zur Deckung dienten, am Stary Rynek (früher Alter Markt) die Straßenbahn verlassen hatte. Der Kriminalpolizei gelang es noch im Laufe des gestrigen Tages, den Taschendieb in einem 22jährigen Schlosser Wladislaus Nowakowski aus Lodz zu verhaften und die Diebesbeute bei ihm vorzufinden. Nowakowski ist der Polizei schon seit langer Zeit als Taschendieb bekannt; er kommt zur Verübung der Taschendiebstähle von Lodz nach Posen und ist bereits nicht weniger als viermal von der hiesigen Kriminalpolizei wegen Taschendiebstahls ergriffen worden. Sein Absteigequartier hat er bei einer Hehlerfamilie in der ul. Polna (fr. Feldstr.)

✕ **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Vom 4. Polizeikommissariat in der ul. Kręta (fr. Kohleisstr.) wurden, als vermutlich aus Diebstählen herrührend, beschlagnahmt: zwei Bettbezüge, vier Kopfkissenbezüge, zwei Bettüberzüge und zwei Bettlaken, gez. mit einer Krone und den Buchstaben R. M., ferner zwei Stück weiße Leinwand und 4 Stück Handtücherleinwand. — Ferner wurden von einem Polizeibeamten zwei Benzinbehälter eines Kraftwagens in der ulica Knapowskiego gefunden. Der Eigentümer kann sich im 9. Polizeikommissariat in der ul. Maleckiego 20 (fr. Prinzenstr.) melden.

H. **Schwersenz**, 10. Januar. Eine erhebende Feier war der vor einiger Zeit hier abgehaltene Gottesdienst zur Enthüllung der Gedächtnistafeln für die im Weltkriege gefallenen Gemeindeglieder. Die kirchlichen Körperschaften und Kriegsteilnehmer hatten sich im Konfirmandensaal der Pfarre versammelt und gingen unter Glockengeläut in feierlichem Zuge nach der festlich geschmückten Kirche. Vertreter der Konfirmanden, Schulen und Vereine trugen die von diesen gestifteten prachtvollen Kränze voran. Nach Eingangslied und Liturgie mit großer Doxologie sang der Kirchenchor unter Leitung des Lehrers Matz: „Der Sämann" von Reichard. Der auf das Hauptlied folgenden Gedächtnis- und Einweihungsrede des Pfarrers Schulze war das Wort Joh. 15, V. 13: „Niemand hat größere Liebe, als daß er sein Leben lässet für die Freunde", zugrunde gelegt. Er führte aus, wie die Tafeln gereichen sollten zur Ehre Gottes und des Heilandes, zum Gedächtnis der Gefallenen, zum Troste der Hinterbliebenen, zum Denkmal für die Gemeinde, zum Vorbilde für die Jugend. Nachdem diese Worte am Schluß der Rede als Wunsch wiederholt waren, fiel die Hülle von den zu beiden Seiten des Altars aufgestellten Tafeln. Der Männergesangverein stimmte an: „Ich hatt' einen Kameraden", darauf der Kirchenchor: „Es ist bestimmt in Gottes Rat." Während dieser Gesänge und einem Zwischenspiel des zeitigen Organisten Anders, wurden die Kränze am Fuße der Tafeln niedergelegt. Hierauf sang die Gemeinde noch einmal stehend wie so oft während des Krieges: „Aller Gläubigen Sammelplatz". Mit Schlußliturgie und Segen endete die wirkungsvolle Feier, von der alle Teilnehmer einen tiefen Eindruck mit nach Hause nahmen. 65 Namen gefallener Gemeindeglieder stehen auf den Tafeln verzeichnet. Der Entwurf zu den Tafeln stammt vom Professor Kutschmann-Berlin. Die Tischlerarbeiten hat der Tischlermeister Gajewski, die Umrahmung Rudolf Gajewski angefertigt, die Malerarbeiten der Malermeister Hampel.

---

* **Dirschau**, 9. Januar. In der ersten Stadtverordnetensitzung im neuen Jahre machte der Bürgermeister die Mitteilung, daß laut der Verordnung des Magistrats für die Stadt Dirschau im ganzen nur noch vier Schankstätten für glasweisen Ausschank in Frage kommen und ebenso viele für Flaschenverkauf. Für den ganzen Kreis kommt die gleiche Zahl in Frage. Das Inkrafttreten dieser Vorschrift bedeute den Ruin vieler Existenzen im Gastwirtsgewerbe. Zum Ankauf von Kohlen für die städtischen Werke wurde eine Anleihe von 20 Millionen bewilligt. Die Preise für Strom, Gas und Wasser wurden erhöht: für elektrisches Licht 1000 M., für Kraftstrom 600 M. die Kilowattstunde. Gas kostet fortab 600 M. das Kubikmeter, Wasser 140 M. das Kubikmeter. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollen Straßenausbesserungsarbeiten vorgenommen werden.

* **Filehne**, 8. Januar. Eine hartnäckige Selbstmörderin ist die Gastwirtsfrau S. aus dem benachbarten Penzkowo. Die Kinder, denen die lange Abwesenheit der Mutter auffiel, suchten und fanden sie im Stalle aufgehängt. Dem hinzugerufenen Fleischermeister R. gelang es durch sachgemäße Wiederbelebungsversuche, Frau S. ins Leben zu rufen. Nach kaum einer Stunde aber hatte sie sich in der Wohnstube an der Tür angehängt, konnte aber wieder rechtzeitig abgeschnitten und gerettet werden. Aber noch zum dritten Male versuchte sie, ihr Leben zu beenden, und hängte sich in der Schlafstube an dem Haken auf, an dem die Lampe hing. Nun, zum dritten Male losgeschnitten, schien ihr doch die Lust vergangen zu sein, sich mit Gewalt aus der Welt zu schaffen.

* **Inowrocław**, 9. Januar. Der Rittergutsbesitzer Otto Schreiber-Plawin ist gestern früh nach längerem Leiden verschieden. Die kujawische Landwirtschaft verliert in dem Verewigten einen ihrer tüchtigsten Vertreter, der es durch eisernen Fleiß und angeborene Fähigkeiten von kleinen Anfängen zu mehreren mustergültig bewirtschafteten Rittergütern gebracht hat. Seit Jahren gehörte er dem Aufsichtsrat und Vorstand der Zuckerfabrik Tuczno an.

* **Krotoschin**, 8. Januar. Auf dem Freitag-Wochenmarkt bot eine Marktfrau einen vollen Stand mit Butter dar und hatte

---

Gustav Falke.

(Zu seinem 70. Geburtstage am 11. Januar.)

Von Walter Jäger.

Stille, in sich zurückgezogene Naturen, wie der Lübecker Gustav Falke werden nicht durch laute Geburtstagsfeiern an die Öffentlichkeit gezogen. Auch widerspräche es ihrem vornehmen Wesen, sich geräuschvoll feiern zu lassen. Falke hätte zweifellos abgewinkt, hätte er noch seinen 70. Geburtstag erleben dürfen. Aber gerade deshalb muß aus diesem Anlaß wieder einmal mit einigen Worten auf ihn hingewiesen werden. Seine Gemeinde ist nicht groß; um so mehr verdiente seine harmonische Dichtkunst in unserer zerrissenen, disharmonischen Zeit recht viel gelesen zu werden. Man findet bei Falke seine Ruhe wieder und glaubt von neuem an das Gute in der Welt und im Menschen. Unsere Gedanken erhalten eine klare Dichtung, wenn wir uns von ihm führen lassen. Nicht umsonst ist Liliencron vor allem sein Lehrmeister und ist Storm eine ihm starkverwandte Natur. Aber während auf Storm eigentlich zeitlebens „die graue Stadt am Meer" lastet und das Wesen seiner Dichtung bestimmt, atmet Falkes Kunst die Liliencronsche Morgenfrische heitere Lebensbejahung. Das kommt davon, daß ihn eine auch für ihn schwer greifbare, dunkle Sehnsucht beherrscht, ähnlich wie sie aus den Landschaften Böcklins widerstrahlt.

Spät auch ist Falke bekannt geworden. Seine Jugend floß glücklich dahin, und von seinem späteren Leben ist wenig zu erzählen. Er wurde erst Buchhandlungsgehilfe, und als die Mutter sich in Hamburg niederließ, zog der Sohn zu ihr, und hatte den Mut, vom Musikunterricht zu leben. Das war zu der sagenhaften Zeit, als die Stunde wohl 50 Pfennige kostete. Falke schlug sich ehrlich und mühsam durch, bis die Musik in ihm den Dichter weckte und er Liliencrons Aufmerksamkeit erregte. Dadurch wurde das bis dahin mangelnde Selbstvertrauen des Dichters gestärkt. 1892 — Falke war 39 Jahre alt — erschien sein erster Gedichtsband: Mynheer der Tod. Und dann folgten in kürzeren oder längeren Abständen bis 1912 mehrere weitere Gedichtsammlungen und die Romane „Aus dem Durchschnitt", „Landen und Stranden", „Der Mann im Nebel", „Die Kinder aus Ohlsens Gang" und die Geschichte seines Lebens: „Die Stadt mit den goldenen Türmen". Zwanzig Jahre also umfaßt sein dichterisches Schaffen, dann trat bei dem 60jährigen Ermüdung ein — sein letztes Werk zeigt bereits Spuren davon —, und mitten im Kriege, 1916, rief auch ihn der so oft von ihm besungene Tod ab. Er rief ihn aus einem beschaulichen Dasein; hatte Falke doch das deutschen Dichtern so selten zuteil werdende Glück, zu seinem 50. Geburtstage vom Hamburger Senat eine jährliche Ehrengabe von 300 M. zu erhalten. Er konnte nun abseits von der Großstadt, in Großborstel, ganz seiner Kunst leben.

Es war für ihn nicht leicht, sich durchzusetzen. Der Kampf um den Naturalismus hatte damals, als Falkes erste Werke erschienen, noch nicht ausgetobt. Und er, der Stille, war doch so ganz anders als die Holz und Schlaf und Hauptmann. Nun aber, da er sein Häuschen draußen im Wiesengrün hatte, mochten die andern sich in den großen Städten austoben. Er ging still seinen Weg und lebte seiner tiefen Liebe zu Welt und Mensch. Die Liebe zur Natur ist seine stärkste Seite. Mit der Großstadt weiß er nichts anzufangen. Wie bei Storm sind seine stimmunggesättigten Naturschilderungen das Beste an Falkes Kunst. Nicht minder seine Liebe zu den Tieren, besonders zu Hühnern und Katzen. Man kann ihn sich mit seiner hohen schlanken Gestalt gut vorstellen in seiner Beschaulichkeit, seinem Familienglück, seinem verstehenden Lächeln und seiner großen Liebe zu Mensch, Tier und Pflanze. Er hat jedoch keineswegs nur die Sonnenseite des Lebens besungen. Sein bedeutendster Roman „Die Kinder aus Ohlsens Gang" sowie die zahlreichen Gedichte mit Personenschilderungen vom allmächtigen Tod zeigen, wie fern Falke alle Schönfärberei lag und wie stark sein Herz sozial mitfühlte. Aber immer ist er von einer Mäßigung beherrscht. Klarheit, Gradheit, Innigkeit und vollendete Form machen den Reiz seiner Dichtung aus, die zugleich nirgend anderswo erstehen konnte als im Holsteinischen, Falkes über alles geliebter Heimat, in der ja auch Storm und Liliencron zu Hause sind.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Der deutschösterreichische Dichter Adam Müller-Guttenbrunn**, den erst kürzlich, anläßlich seines 70. Geburtstages, die Wiener Universität zum Ehrendoktor ernannt hatte, ist gestorben. Er hat sich besondere Verdienste erworben durch sein allzeitig entschlossenes Eintreten in Wort und Schrift für die Pflege des Deutschtums. Schon damals, als im Jahre 1890 als Gegenschöpfung zu der „Freien Bühne" von Albert und Bleibtreu die „Deutsche Bühne" gegründet wurde, die ausschließlich Werke von deutschen Dichtern zur Aufführung bringen sollte, wußte er dort mit seinem Schauspiel „Irma" sich Gehör zu verschaffen, allerdings mit geringem Erfolg. Andere Bühnenwerke dagegen fanden auf den deutschen Bühnen Anklang. Vor allem wirkt er aber durch seine Romane, in denen er immer aufs neue seiner heißen Heimatsliebe volltönenden Ausdruck gab. Am bekanntesten sind seine Romane „Barmherziger Kaiser", „Die Glocken der Heimat", „Götzendämmerung", „Arme Komödianten" und seine Lenau-Trilogie geworden.

Bunte Zeitung.

○ **Französische Klagen über „Ungastlichkeit".** Der Feuilletonist des „Petit Parisien" beklagt sich bitter über die ungastliche Aufnahme, die die Franzosen in anderen Ländern finden. Dem Beispiele der Deutschen, die besondere Preise und Taxen für Ausländer festgesetzt haben, seien die Engländer gefolgt. Ungern erteilen sie Konzessionen, ja sogar das Recht des Aufenthalts demjenigen, der nicht die Ehre hatte, als Angelsachse zur Welt zu kommen. Die Abneigung gegenüber den Ausländern hat auch Holland angesteckt; denn die Amsterdamer Börse hat alle Ausländer ausgeschlossen und beschlossen, sie nicht weiter zuzulassen. In Italien wird man die fremden Elemente nur allzu gern los — in erster Linie die Franzosen, und das junge Tschechien, die „Freundin Frankreichs", schreibt der Feuilletonist mit Ironie, verbietet Ausländern, sich mit dem Handel zu befassen, lehnt Konzessionen für Gastwirtschaften ab, ja sogar erstklassige Hotels kündigen französischen Köchen und Österreichern. — Dazu bemerkt der Warschauer „Kurjer Poranny": Natürlich fühlt sich Frankreich benachteiligt. Paris war schon lange Zeit die „Weltstadt", und die ganze Welt besuchte sie in Massen. Die Franzosen aber haben sich niemals gegen die Ankunft von Fremden gewehrt, und Kaufleute, Touristen, Literaten mit offenen Armen empfangen, — mit einem Wort, jeden, der auf Paris neugierig war oder dort ein Geschäft zu erledigen hatte. Aber anstatt dankbar zu sein, bemühen sich alle Nationen, das Leben der Franzosen bei ihnen zu erschweren. Natürlich ist das vom Gesichtspunkt der Franzosen aus unkulturell und ungastlich. Ist es aber nicht zugleich eine Regung der Selbsterhaltung? Ist nicht allzu große Gastlichkeit, bei uns Polen zum Beispiel, etwas Gefährliches für das Land? Der „Kurj. Poranny" meint, daß auch Polen beschränkende Bestimmungen für Ausländer werde einführen müssen. Dadurch werde vermutlich auch die polnische Valuta steigen.

schnellen Absatz. Als die Käufer aber ihren gekauften Schatz nach Hause brachten und ihn prüften, stellte sich heraus, daß der innere Kern des Butterstückes schlechte Margarine war; nach außen war eine dünne Schicht Butter gelegt.

* **Pempersin, Kr. Zempelburg**, 9. Januar. Seit dem 15. v. Mts. ist der hiesige deutsche Gemeindevorsteher Rutz seines Amtes enthoben und der auf dem Abbau wohnende, neu zugezogene Besitzer Meller von der Behörde als Nachfolger eingesetzt worden.

* **Wittenburg**, 9. Januar. Am 5. d. Mts. fand auf der hiesigen Feldmark eine Treibjagd statt, die durch die vorzügliche Leitung des Jagdgebers, Rittergutsbesitzers Fischer-Wimsdorf, trotz des nicht sehr günstigen Wetters ein recht gutes Resultat ergab. Es wurden von 14 Schützen 116 Hasen zur Strecke gebracht.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Krakau**, 9. Januar. Wie „Wiadomości Krakowskie" berichten, hat sich vor einigen Tagen in Grzybow ein Unglücksfall ereignet, welcher nicht weniger als sieben Menschenleben gefordert hat. Ein Händler namens Salomon Israel unterhielt eine geheime Branntweinbrennerei, in der er aus Sägespänen Methylalkohol herstellte. Eines Tages explodierte der mit Spiritus gefüllte Kessel, die Eisenstücke zertrümmerten das ganze Lokal, und der ganze Spiritus fing Feuer. Bald stand nicht nur das Haus, sondern auch die Gebäude der Nachbarschaft in Flammen. Das Feuer zerstörte vier Bauernwirtschaften, wobei vier Personen sofort getötet und drei schwer verbrannt wurden. Auch die Verletzten sind nach kurzer Zeit ihren Wunden erlegen.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Putziger Katastrophe vor Gericht.

* **Putzig**, 9. Januar. Mitte Dezember begannen vor dem hiesigen Admiralsgericht die Verhandlungen gegen die der Mitschuld an der bekannten Katastrophe angeklagten Personen: Kommandeur Kaczyński, Leiter des Seeflugwesens, Militärbeamten Witkowski, Kapitän und Flieger Iwaszkiewicz sowie Major Br. Witkowski. Der Staatsanwalt wirft in seiner Anklageschrift dem Angeklagten Kaczyński vor, als Leiter des Seeflugwesens das Werfen scharfer Bomben gestattet zu haben, dem Angeklagten Witkowski wird unsachgemäßes Umgehen mit Explosivstoffen zur Last gelegt und dem Kapitän Iwaszkiewicz sowie dem Major Br. Witkowski vorgeworfen, den Teil des Meeres, der mit Bomben zu bewerfen war, nicht abgesperrt zu haben. Nach einer Meldung der „Gaz. Warsz." sind die Verhandlungen noch nicht beendet.

Briefkasten der Schriftleitung.

Ziegelei. Sie sind, da Sie das Freibleiben des Preises nicht vorbehalten haben, unter allen Umständen zur Lieferung der Steine zu dem damals verabredeten und auch gezahlten Kaufpreise verpflichtet.

M. G. Wir kennen den Grund nicht, aus dem Ihnen die Kriegsinvalidenrente nicht weiter gezahlt wird. Ferner geht aus Ihrer Anfrage nicht hervor, ob Sie Reichsdeutscher oder polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität sind. Im ersteren Falle müssen Sie sich an das Deutsche Generalkonsulat, Abteilung für Versorgung in Posen, Johannenhaus, wenden, im zweiten aber an Dow. Okręg. Korp. VII. Intendantura wydział. emer. i zaopat. in Posen, in der Koszary Mieczysława, ul. Patrona Jackowskiego (fr. Rollendorfstraße), Eingang des früheren Bekleidungsamts.

P. S. 5107. Unseres Erachtens haben Sie nicht nötig, dazu eine besondere Erlaubnis einzuholen, da ähnliche hiesige Vereine das stets unterließen, ohne irgendwie beanstandet zu werden. Im übrigen: „Wer viel fragt, erhält viele Antwort." Wir empfehlen Ihnen, das bisherige Verfahren ruhig weiter beizubehalten.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= **Hurtownia Spółek Spożywców A.-G. Poznań** erstattete am 21. v. Mts. ihren zweiten Jahresbericht, welcher eine außerordentliche Entwickelung dieser Gesellschaft kennzeichnet. Der Direktor der Gesellschaft S. Bykowski unterbreitete der Generalversammlung ein umfangreiches und ziffernmäßig belegtes Material, das mit Recht den Ruf der Gesellschaft als eines der größten Unternehmungen seiner Art in Polen bekräftigte. Die H. S. S. erzielte einen Gesamtumsatz von 9 806 329 561 M. und schließt die Bilanz mit 482 735 648 M. ab. Der Reingewinn beträgt nach Abzug von 137 043 812 M. Geschäftsunkosten 25 883 907 M., welcher die Ausschüttung von 40 Prozent Dividende auf das Aktienkapital von 40 000 000 M. ermöglichte. Die gewaltigen Umsätze erlauben der Gesellschaft auch in diesem Jahre eine möglichst günstige Kalkulation, und es betrug der Verdienst im Durchschnitt 2,94 Prozent. Die Gesellschaft besitzt in Posen und Graudenz ein eigenes Grundstück, umfangreiche Speicher mit Bahnanschluß sowie Wasserverbindung und unterhält in Graudenz und Danzig Zweigniederlassungen. Gleichfalls in Posen befinden sich die Fabriken für die Erzeugnisse der Ha-Es-Es, insesondere für die bereits gut eingeführten Fabrikate von Schuhputz und Ultramarin Ha-Es-Es. Die Realwerte des Unternehmens betragen bei einem Aktienkapital von 40 000 000 M. gegen 500 000 000 M.

= **Eine Festmark-Anleihe der Hapag?** Wie die Hamburg—Amerika-Linie auf Anfragen mitteilt, schweben in den Kreisen des Aufsichtsrates und des Vorstandes Erwägungen über die Ausgabe einer Festmark-Anleihe. Jedoch sind diese noch nicht so weit gediehen, daß der Öffentlichkeit zuverlässige Angaben gemacht werden können. Der Prospekt, der sich im Umlauf befindet, ist lediglich ein Entwurf und in keiner Weise zu einer abschließenden Stellungnahme geeignet.

Offizielle Warschauer Börse vom 10. Januar.

Valuten:

Dollar	21 250 21 450, 21 250
Kanadischer Dollar	21 100
Tschechische Kronen	575
Deutsche Mark	2.15.

Devisen:

Belgien	1305, 1327 1315	Paris	1420, 1455 1445
Berlin	1.85, 1.92. 1 96	Prag	585 580 585
Stockholm	—,—	Schweiz	3965. 4000, 3975
Danzig	1 87 1.92. 1 96.	Wien	31 31½. 31
London	99 000. 99 400 99 300	Holland	—,—
Neuyork	21 250, 21 425, 21 150	Italien	1040

Berliner Börsenbericht

vom 10. Januar.

Diskonto-Komm.-Anleihe	5 400 —	Polnische Noten	51 50
Danz. Priv.-Aktienbank	5 500.—	Auszahlung Holland	4 100 —
Hartmann Masch.-Aktien	7 150.—	„ London	48 100.—
Phönix	25 0 0 —	„ Neuyork	10 260.—
Schuckert	16 000 —	„ Paris	704 —
Hapag	10 900.—	„ Schweiz	1 960.—
3½% Pos. Pfandbriefe	80.-	Ungarische Goldrente	15 700.—
Auszahlung Warschau	51.—		

Danziger Mittagskurse vom 11. Januar.

Die polnische Mark in Danzig	49
Der Dollar in Danzig	10 500

Spenden für die Altershilfe.

Gemeinde Charbowo	99 630.— M.
„ Polska wieś	20 800. — „
(die Gemeinde Polska wieś hat außerdem zu Weihnachten eine Kiste Lebensmittel gespendet).	
Gemeinde Wielkorzysa	120 430.— „
„ Karniszewo	122 40.— „
„ Florentinowo	3 130.— „
„ Czechy	77 60.— „
„ Biskupice	108 00.— „
„ Ulanowo	63 000.— „
Ungenannt	108 00.— „
Posaunenchor Buschdorf	20 000.— „
E. R.	200 0.— „
Von einer Weihnachtsfeier in Arthütte, p. Czarnikow	27 000 — „
	721 840.— M
Vortrag aus Nr. 6	4 429 918.— „
zusammen	5 151 558.— M

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bezw überweisen, müssen dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden nimmt gern entgegen und erbittet

die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Oststaaten: Dr Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeier; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Neu-Bestellungen
für Januar
auf das **Posener Tageblatt** (verbunden mit Posener Warte)
werden noch fortwährend
von allen Postanstalten den Briefträgern, unseren Agenturen und in der Hauptgeschäftsstelle Poznań, ul. Zwierzyniecka 6 (fr. Tiergartenstr.)
angenommen.
Man versäume nicht, bei der zuständigen Postanstalt die Nachlieferung der bereits erschienenen Nummern zu beantragen.

Großes Kolonialwaren- u. Nahrungsmittel-Engrosgeschäft
Gegr. 1912 in Ostrów.
Alimentaria T. z o. p.
Abteilungen: in Grudziądz und Gdańsk (Danzig).
bringt der geschätzten Kundschaft zur gefl. Kenntnis, dass ihr Unternehmen in Ostrów am 1. Januar 1923 liquidiert und die
Zentrale nach Poznań
verlegt worden ist. Es wird gebeten, nunmehr die Korrespondenz und Bestellungen zu richten:
ALIMENTARIA T. z o. p. Poznań, Tama Garbarska 23.
Telegr.-Adr.: Alimentaria. Telephon Nr. 3106. [4941

Dom. Bralin, pow. Kępno,
sucht zum 1. April 1923 einen gutempfohlenen
Assistenten.
Zeugnisabschriften und Lebenslauf bitte einsenden. [4899

Unverheir. Beamter,
beider Sprachen mächtig, zuverlässig und tüchtig, der nach allgemeinen Angaben wirtschaften kann,
für 2000 Mrg. großes Gut
zum 1. April gesucht. — Angeb. unt. D. L. N. 4896 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

1. Gärtnergehilfe,
der in der Gemüsetreiberei bewandert ist, kann sich melden. Antritt vom 1. 2. 23. P. Tietze, Gärtnerei, Oborniki. (4837

Gebild. Hausdame
für frauenlosen Gutshaushalt gesucht. Damen, die Erfahr. in d. Führung e. Gutshaushalts haben und mögl. eig. Möbel besitzen, wollen sich unt. Nr. 4917 an die Geschäftsstelle dieses Blattes melden.

Gutsstellmacher
mit eigenem Handwerkszeug gesucht. [4916
Dom. Górka duchowna, powiat Śmigiel.

Putzmacherin
ab sofort od. 1. Februar bei sehr gutem Gehalt und freier Station gesucht. Zeugnisabschriften u. Bild erbeten G. Kimmel, Wolsztyn. (4938

Für den Verkauf unserer erstklassigen Milchzentrifugen
suchen wir für Polen einen bei der einschl. Kundschaft gut eingeführten, best empfohlenen Herrn als
Reisenden
gegen Gehalt und Spesen. — Bewerber, die der deutschen und polnischen Sprache mächtig sind, belieben ihr Angebot unter Beifügung eines Lichtbildes an uns einzureichen.
MIELE & Cie., Größte Zentrifugenfabrik Deutschlands
Gütersloh i. Westfalen. [4926

Junger Mann,
der Lust hat das [4918
Molkereifach
zu erlernen, kann zum 1. Februar in hiesiger Dampfmolkerei eintreten. Lehrgeld 1. Jahr 6000 Mk. monatlich.
Pätzold, Ostrowite, pow. Chojnice.

Zu sofort
werden noch einige schulentlassene, zuverlässige
Knaben oder Mädchen
zum
Zeitungs-Austragen
eingestellt. — Zu melden in der
Hauptgeschäftsstelle ul. Zwierzyniecka 6
(früh. Tiergartenstraße).

Bäcker,
der Schlachtung übernimmt, auf sofort gesucht.
Dom. Kotowiecko, pow. Pleszew. [4922

Intelligente, gebildete Dame,
firm in Stenographie und Maschinenschrift, findet bei gutem Gehalt sofortige Stellung
als Privatsekretärin
in größerer Provinzstadt. Polnische Sprachkenntnisse erwünscht, aber nicht Bedingung. Auf Wunsch freie Station und Familienanschluß. Angebote unt. T. 4924 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Forstmann,
erfahren in Wildhegen und Baumschule, energ., verheir. u. der poln. Sprache mächtig wird gegen Deputat nach Kongreßpolen gesucht. Offerten mit Zeugnissen und Bild unt 4933 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Prakt. erfahr. Landwirt,
verh., ohne Familie, evangel., der poln. Sprache mächtig, polnischer Staatsbürger, tücht. Acker- u. Viehwirt, sucht gest. i. gute Zeugn. Gutsverwaltung. Off. unt. A. A. 4869 an d. Geschäftsst. d. Bl. zu richten.

Wirtschafts-Inspektor,
29 Jahre alt perfekt polnisch sprechend, evang., ledig, erfahren in der Vieh- und Rübenwirtschaft, bis jetzt selbständig gewirtschaftet, sucht wegen Verkauf des Gutes, ebensolche Stellung. Offerten unt. H. 4939 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.